



Nummer 4/5/6

April/Mai/Juni 1980

5 Schilling

Für Frieden und Völkerverständigung

35 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, der unermessliches Leid über die Völker brachte, steht die Welt im Zeichen eines irrsinnigen Wettrüstens. Während in Asien, Afrika und Lateinamerika Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind, werden gigantische Summen für Rüstungsausgaben vergeudet. Bei der gegenwärtigen Entwicklung der atomaren Waffentechnik würde ein dritter Weltkrieg die Existenz der Menschheit bedrohen. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß Rüstungen nicht den Frieden sichern, sondern den Krieg vorbereiten.

Es gibt daher keine Alternative zu einer Politik der Entspannung. Die Bundeshauptversammlung begrüßt und unterstützt die Initiativen der Sozialistischen Internationale und ihres Präsidenten Willy Brandt für die Beendigung des Wettrüstens. Sie dankt unserem Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden, Genossen Bruno Kreisky, für seine Bemühungen, den Entspannungsprozeß zu unterstützen und weltpolitische Krisenherde zu beseitigen.

Vor 25 Jahren hat der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages bewiesen, daß vernünftige Lösungen zwischen den Weltmächten möglich und für die Völker nützlich sind.

Die Bundeshauptversammlung richtet an alle Menschen guten Willens den eindringlichen Appell, sich für die Fortsetzung der Entspannung, für Frieden und Völkerverständigung einzusetzen. Dazu gehört auch eine bewußte Friedenserziehung in den Schulen und durch die Massenmedien. Es gilt, nationalistische und rassistische Vorurteile abzubauen, allen Versuchen, den Krieg zu verherrlichen, entschieden entgegenzutreten.

Der Friede ist das kostbarste Gut der Menschheit. Es muß daher alles unternommen werden, um eine Welt ohne Kriege zu schaffen.

(Resolution, beschlossen von der Bundeshauptversammlung am 26./27. April 1980 in Wien-Favoriten.)

Bundeshauptver



Rosa Jochmann

Unsere Bundeshauptversammlung fand am 26. und 27. April 1980 im Gartensaal des Arbeiterheimes in Wien-Favoriten statt, also an einer traditionsreichen Stätte unserer Bewegung. Das Motto unserer Versammlung war an der Stirnwand des Saales angebracht: „10 Jahre sozialistische Bundesregierung, 25 Jahre Staatsvertrag, 35 Jahre nach der Befreiung“. Ein Bild Victor Adlers erinnerte an 90 Jahre 1. Mai, daneben das Motto „1980 – Jahr der Parteiarbeit“. Und nicht zuletzt: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“.

Die Eröffnung wurde durch den Chor des ÖGB unter der Leitung von Professor Erwin Weiss und Burgschauspieler Otto Kerry feierlich gestaltet. Dann ergriff Genossin Rosa Jochmann das Wort zu ihrer Begrüßungsansprache:

Liebe Genossinnen und Genossen! Seit unserer letzten Hauptversammlung hat es den großen Wahlerfolg am 6. Mai 1979 gegeben. Es hat aber auch erfolgreiche Wahlen in den Bundesländern gegeben, große Fortschritte konnten erzielt werden.

Diese Tagung steht unter dem Motto: „35 Jahre nach der Befreiung, nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“. Diese 35 Jahre sind allzu rasch vergangen.

Wir standen noch beim Zählappell, als am Rathausplatz schon getanzt wurde. Am Sonntag, dem 29. April 1945, wurden noch 18 junge Polinnen, die Blüte ihrer Nation, abgeholt und erschossen.

Die Lastwagen standen vor dem Revier. Die Sterbenskranken wurden, so wie sie waren, auf die Wagen geworfen und in die Gaskammern gebracht.

Kurz vor Kriegsende vollzog sich bei den SS-Aufseherinnen ein Wandel. Sie bekamen Angst. Die einen wurden noch grausamer, die anderen haben sich angebedient. Für uns aber kam der Tag, an dem wir stolz erhobenen Hauptes an unseren Peinigern vorbei aus dem Lager ziehen konnten.

Damals schworen wir, daß wir nicht ruhen würden, bis der letzte dieser Verbrecher vor seinem Richter stehen würde. Wir aber irrten, noch heute leben diese unter uns, viele gibt es noch, denen nicht der Prozeß gemacht wurde, und wenn – dann werden sie oft freigesprochen. Heute ist alles wieder aufgebaut, aber es ist nicht gelungen, die Vergangenheit zu bewältigen, wie sonst wäre es möglich, daß sich einer dieser – ich werde seinen Namen nicht nennen –, anmaßt, Bundespräsident werden zu wollen.

Victor Adler hat im Parlament 1907 prophetische Worte gesprochen: „Jeder Schritt, den wir tun, um unser Programm zu verwirklichen, jeder Schritt, mit welchem wir der Arbeiterschaft eine höhere Lebenshaltung, Selbstbewußtsein, Freiheit, Entwicklung, Kulturmöglichkeit, ein besseres Leben erkämpfen, bringt uns der Tatsache näher, daß wir die Gegner immer mehr auf den Plan rufen. Diese werden uns mit allen Mitteln bekämpfen, sie werden alles tun, um unseren Fortschritt aufzuhalten, und dazu wird ihnen jedes Mittel recht sein.“

Wir gingen durch eine schwere Zeit, aber wir erlebten das, wovon Otto Bauer sprach: Wir haben den Menschen mehr Glück erkämpft. Wir haben ungeheuer viel erreicht, aber je mehr wir erreichen, desto gehässiger wird der Gegner.

In den zehn Jahren sozialistischer Regierung ist unfassbar viel geschehen, damit rufen wir unsere Gegner auf den Plan. Aber wir werden uns nicht beirren lassen: Wir werden weiter für das Glück der Menschen kämpfen!



Feierliche Eröffnung der Bundeshauptversammlung: Der Chor des ÖGB unter der Leitung von Prof. Erwin Weiss, Burgschauspieler Otto Kerry

Aus der Opferfürsorge

Der Nationalrat hat in der Sitzung vom 29. April 1980 eine Änderung des Kriegsopferversorgungsgesetzes beschlossen. Das Gesetz tritt mit 1. Juli 1980 in Kraft. In dieser Novelle ist unter anderem auch eine Erhöhung der Opferrenten, der Alterserschwerbniszulage und der Hinterbliebenenrente in vier Etappen vorgesehen.

Erhöhung von Leistungen ab 1. Juli 1980 (1. Etappe)

Opfer

M. d. E.	Opferrente § 11, Abs. 2	(bisher)	
30 Prozent	548.—	(548.—)	Die Opferrenten mit einer Minderung der Erwerbstätigkeit von 30 und 40 Prozent werden erst mit der 2. und 3. Etappe erhöht.
40 Prozent	822.—	(822.—)	
50 Prozent	1218.—	(1096.—)	
60 Prozent	1522.—	(1370.—)	
70 Prozent	1826.—	(1826.—)	
80 Prozent	2435.—	(2283.—)	
90/100 Prozent	3044.—	(3044.—)	

Alterserschwerbniszulage (§ 11 Abs. 3 KOVG)

ab Vollendung des	50 v. H.	Minderung der Erwerbstätigkeit			90/100
		60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	
65. Lebensjahres (bisher)	137.— (137.—)	227.— (227.—)	274.— (227.—)	365.— (238.—)	457.— (259.—)
70. Lebensjahres (bisher)	275.— (275.—)	456.— (456.—)	517.— (456.—)	609.— (474.—)	731.— (516.—)
75. Lebensjahres (bisher)	502.— (502.—)	684.— (684.—)	761.— (694.—)	872.— (712.—)	944.— (774.—)
80. Lebensjahres (bisher)	731.— (731.—)	913.— (913.—)	1005.— (931.—)	1096.— (948.—)	1187.— (1033.—)

Die Alterserschwerbniszulagen für Opfer mit einer Erwerbsverminderung von 50 und 60 Prozent werden nicht erhöht, da die Abstufung zwischen der Erschwerbniszulage für Opfer mit einer M. d. E. von 60 Prozent gegenüber jenen Opfern mit einer M. d. E. von 70 Prozent in keiner Relation zum Grad der Erwerbsverminderung steht. Dies war die Erwägung für die Erhöhung der Erschwerbniszulagen für die Opfer mit einer Minderung von 70 Prozent und 80 Prozent und der erwerbsunfähigen Opfer von 90/100 Prozent.

Hinterbliebenenrente

Witwen, Waisen, Elternteile	1126.— (bisher 1096.—)
Elternpaare	1583.— (bisher 1583.—)

Gegenwärtig ist die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände mit Sozialminister Dr. Weißenberg in Verhandlungen über eine 26. Opferfürsorgegesetznovelle. Es fand bereits eine Besprechung über unsere Forderungen und Wünsche statt, nach Abschluß der Verhandlungen werden wir berichten.

Sammlung 1980



Feierliche Eröffnung der Bundeshauptversammlung: Rosa Jochmann bei der Begrüßungsansprache

Im Mittelpunkt der Begrüßungsansprachen, die bei unserer Bundeshauptversammlung wenige Stunden vor einer großen antifaschistischen Demonstration gegen die Kandidatur Norbert Burgers zur Bundespräsidentenwahl gehalten wurden, stand die Auseinandersetzung um diese provokante Kandidatur.

Gemeinderat Ing. Karl Svoboda:

Es gereicht unserer Bezirksorganisation zur Ehre, daß die Bundeshauptversammlung gerade beim Jahrestag 35 Jahre nach der Befreiung Österreichs hier in diesem traditionellen Bezirk von Wien tagt. Favoriten ist der Bezirk, in dem vor etwas mehr als 90 Jahren die Wienerberger Ziegelerbeiter unter der Führung von Victor Adler begonnen haben, aufzubrechen.

Ich darf von seiten der Bezirksorganisation der Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer für die Zukunft recht viel Erfolg wünschen, der Tagung einen erfolgreichen Verlauf, und versichern, daß wir so wie bisher die Tätigkeit unserer Sozialistischen Freiheitskämpfer tatkräftig unterstützen werden.

Genossin Jochmann dankte dem Redner und bat dann den Genossen Erwin Lanc, einige Worte zu den Delegierten zu sprechen.

„Es nützt nichts“, sagte sie, „ich stehe auf dem Standpunkt, das wenigste, was ein Minister tun kann, ist, zu uns ein paar Worte zu sprechen.“

Innenminister Erwin Lanc:

Liebe Rosa! Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist durchaus nicht so, daß du mich drängen mußt, ich bekenne gerne, daß ich mich gedrängt habe, einige Worte an eure Bundeshauptversammlung richten zu dürfen, schon um nicht bei euch in Geruch zu stehen, als Innenminister am Vormittag der abendlichen Antifaschismusedemonstration kneifen zu wollen. Wir wollen ja immer miteinander offen sprechen und diskutieren, egal, welche Funktion gerade einer von uns ausübt.

Ich habe aber darüber hinaus die Ehre und Freude, euch, liebe Genossinnen und Genossen, und das betrifft vor allem die Nicht-Wiener Delegierten, auch herzlich im Namen der Wiener Partei hier willkommen zu heißen.

Meine eigentlichen Begrüßungsworte möchte ich damit einleiten, daß ich euch und über euch allen Mitgliedern des Bundes dafür danke, was ihr ganz besonders in den letzten eineinhalb Jahrzehnten im engen Kontakt, den ihr zu den Jugendorganisationen hergestellt habt, an Aufklärungsarbeit

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

über das, was zum Faschismus geführt hat, und über das, was Faschismus war und ist, geleistet habt. Das werden vielleicht erst künftige Generationen ermessen können, was hier an Informationsarbeit derjenigen, die so schwer wie ihr unter dem Faschismus gelitten haben, und derjenigen, die davon für alle Zukunft verschont bleiben sollen, geleistet worden ist. Dafür gebührt euch wirklich Dank und Anerkennung, und ich sage ganz offen, das erleichtert mir auch in vielem meine Tätigkeit in Ausübung meiner Regierungsfunktion.

Eure heutige Konferenz findet in einer Traditionsstätte der Arbeiterbewegung, im Favoritner Arbeiterheim, statt, zu einem Zeitpunkt, wo wir eine Reihe von Gedenktagen festlich und besinnlich begehen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ende von Faschismus und Krieg und mit dem Anfang des neuen gefestigten demokratischen Österreich stehen.

Sicherlich wird sich so mancher und so manche gerade aus diesem Grund fragen, ob es denn dieser Entwicklung und diesen Gedenktagen angemessen ist, daß gerade zu diesem Zeitpunkt eine Demonstration wie die von heute abend überhaupt stattfinden muß. So mancher von Ihnen wird sich fragen, war denn 1927, war denn 1934, war die ganze Zeit von da an bis 1945 und war auch manches zwischen 1945 und 1955 umsonst? Wie ist denn das überhaupt möglich?

Ich möchte doch kurz auf diese Frage eingehen, weil ich eben eure Wachsamkeit und eure tiefe Besorgnis kenne und verstehe. Was immer den Gesetzgeber nach 1945 bewogen hat, daß 2000 Unter-

schriften für die Kandidatur zum Bundespräsidenten genügen, während im Vergleich dazu mindestens fünf Nationalratsabgeordnete einen solchen Wahlvorschlag einreichen müssen, die natürlich ein Vielfaches von 2000 stimmberechtigten Wählern repräsentieren — ich weiß es nicht mehr und habe es für wenig sinnvoll gehalten, das noch zu erforschen. Es ist einfach so und daher so zu vollziehen, wie es als Gesetz vorliegt.

Ähnlich liegt es mit den Wahlausschließungsgründen, wo niemand versteht, daß jemand, der wegen terroristischer Tätigkeit durch ein ausländisches Gericht verurteilt worden ist, trotzdem in Österreich kandidieren kann. Aber wir kennen das eben aus sehr guten Gründen, sagen wir: Wahlausschließungsgrund kann nur eine gewisse Verurteilung in Österreich durch ein österreichisches Gericht sein, sonst könnte man uns ja bei ausländischen Gerichten inländische Kandidaten wegurteilen.

Nur diese beiden Punkte, weil sie vielleicht gerade die am wenigsten verständlichen sind, und auch noch ein dritter: Unsere ganze Rechtsordnung ist nicht eine uns aufgezwungene, sondern eine, die wir uns in Jahrzehnten erkämpft haben, für die wir eingetreten sind, für die viele ihr Leben gelassen haben.

Da kann ich mir wieder vorstellen, daß so mancher von euch sich denkt, wie lange werden wir denn auf unsere Rechtsordnung schauen, daß da alles nach dem gesetzlichen Buchstaben erfüllt ist. Wird es wieder so lange rechtliche Diskussionen um Faschismus geben, bis wir darüber gar nicht mehr



Unsere Ehrengäste. Erste Reihe, v. l. n. r.: Verkehrsminister Karl Lausecker; Pensionistenverband-Präsident Felix Slavik; Verteidigungsminister Otto Rösch; Innenminister Erwin Lanc; Manfred Ackermann; zweite Reihe, v. r. n. l.: SK-Chefredakteur Hans Waschek; Staatssekretär Franz Löschnak (halb verdeckt), AZ-Chefredakteur Manfred Scheuch, Karl Mark

frei verfügen können, um dem Recht noch weiter zum Durchbruch zu verhelfen?

Das wirft in Wirklichkeit meiner Auffassung nach die Kernfrage auf: Ist die Faschismusgefahr in Österreich wieder oder noch oder neuerlich so groß, daß diese Gefahr besteht? Ohne das Problem verniedlichen zu wollen, kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, diese Gefahr besteht in Österreich so wenig wie kaum je zuvor in der Geschichte unseres Landes.

Genossinnen und Genossen, das sage ich nicht aus dem Bauch heraus, sondern weil ich ja die Zusammenhänge sehr gut kenne und auch genau weiß, welche Stärke diese Gruppen haben, die unser aller Mißfallen erregen, und auch, wer unter Umständen dahintersteht. Genossinnen und Genossen, wir müssen die Proportionen sehen, um die es hier geht, um ermessen zu können, ob und inwieweit eine Gefahr besteht.

Ich bin dafür bekannt, daß ich der letzte bin, der bestehende Gefahren verniedlicht, und ich bin auch dafür bekannt, daß ich der erste war, der sich offen und unabhängig in dieser sicherlich sehr heiklen Funktion in dieser Republik dazu bekannt hat, daß ich Antifaschist bin und daß ich alles tun werde, um faschistische Entwicklungen in unserem Land zu verhindern. Und ich glaube, gerade all das, was viele von euch im Zusammenhang mit den Publikationen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes beunruhigt hat, hat doch in Wirklichkeit gezeigt, daß einige, denen auf die Zehen getreten wurde mit diesen Publikationen, sich mit den Mitteln des Rechtsstaates dagegen gewehrt haben, manchmal dabei rechtsstaatliche Unterstützung gefunden haben, die etwas über das hinausgeht, was wir für rechtens halten, da haben wir uns aber sofort gerührt. Aber wir dürfen doch über diesen Abwehrreaktionen der letzten, die sich noch zu dem bekennen, was da dokumentiert worden ist, nicht vergessen, daß es Tausende, Abertausende, Zehntausende und insbesondere den überwiegenden Teil der jungen Menschen gegeben hat, die für diese Publikationen eingetreten sind, die für ihre Verbreitung gesorgt haben, und insgesamt hat das Ganze dazu geführt, daß die Dokumentation über Rechtsextremismus in Österreich nunmehr die vierte Auflage erlebt hat, daß sie wirklich nicht nur gekauft, sondern auch gelesen wird, und daß ein so großer Teil der österreichischen Jugend gegen den Faschismus steht und alle Organisationen des Antifaschismus unterstützt, das wage ich zu behaupten, wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes, und das ist nicht zuletzt euer Verdienst, Genossinnen und Genossen.

Aber das sind auch die Proportionen, wenn man die Gefahr, die berechtigte Verärgerung über gewisse Erscheinungen und das, was sich politisch virulent in unserem Land niederschlägt, vergleicht und daraus seine Schlüsse zieht.

Genossinnen und Genossen, ich möchte auch noch einem Argument, das ich immer wieder in den Diskussionen höre, nicht ausweichen, ich muß darauf eingehen. Natürlich könnten wir, das bestreite ich überhaupt nicht, als österreichische Bundesregierung, als sozialistische Bundesregierung auf dem Standpunkt stehen: so, da gibt es jetzt diese oder jene Erscheinungen, von dieser Agitation gehen gewisse politische Gefahren aus, also schaffen wir Gesetze zur Abwendung dieser Gefahren.

Faschisten haben sich immer wie Chamäleons angepaßt, wenn ein Gesetz auf die Farbe angepaßt war, haben sie eine andere Farbe angenommen. Das ist der rein praktische Teil. Aber es gibt noch

eine grundsätzliche Frage. Sollen wir uns von diesen paar Unbelehrbaren und von diesen Zwergorganisationen zu Sondergesetzen in diesem Land bewegen lassen? (Rufe: „Jawohl!“) Ist das die Anwendung der Verhältnismäßigkeit? Wenn ihr auch „Jawohl“ ruft, Genossen, ich sage nein, und ich sage euch auch warum nein.

Ich sage es deswegen, Genossinnen und Genossen: Es hat zur Abwendung anderer extremistischer Gefahren, tatsächlicher oder vermeintlicher, das will ich gar nicht beurteilen, erst in der jüngsten Zeit in der Bundesrepublik Deutschland die Einführung von Sondergesetzen gegeben, die haben sicherlich nicht die Freiheitskämpfer in Deutschland verlangt, das war auf der anderen Seite des politischen Spektrums durchgesetzt worden, aber von Leuten, die für sich in Anspruch nehmen, jedenfalls eindeutig auf dem Boden der Demokratie zu stehen.

Da hat es Sondergesetze gegeben. Aber auf der Basis dieser Sondergesetze sind dann auch Genossen, so wie Dr. Traube, mit Wanzen belauscht worden. Genossinnen und Genossen! Wer den Rubikon überschreitet zwischen demokratischer Ordnung und demokratischem Rechtsstaat und Bespitzelung des Bürgers, der weiß nie mehr, ob er den Weg zurückfindet und wann er den Weg zurückfindet. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Darum geht es uns. Nicht, weil wir etwas verniedlichen, weil wir etwas verkleinern, weil wir Gefahren nicht sehen wollen. Das mußte ich euch sagen, und ich habe für diesen Zweck meine Begrüßungsworte mißbraucht, aber ich habe einen Zeugen hier, Genossen Hindels, wir waren durchaus nicht immer einer Meinung, aber doch viel häufiger, als das im Parteileben üblich ist, aber ich glaube, wir haben uns immer offen die Meinung gesagt, und so will ich es auch mit meinen nunmehr schon angegrauten Schläfen bis zum Ende meiner Tage halten, und deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, dieser kleine Exkurs, aber ich glaube in ein Thema, wie eure Reaktion gezeigt hat, das uns beide, euch wie mich, wirklich innerlich bewegt.

Genossinnen und Genossen! Wenn auf Grund der gesetzlichen Gegebenheiten die Hauptwahlbehörde am Dienstag zu dem Schluß kommt, daß noch

Fortsetzung auf Seite 6

Unsere Toten

**Unser Bund hat
416 Genossen und
162 Genossinnen
verloren.**

Niemals vergessen!

Fortsetzung von Seite 5

ein dritter Herr, sagen wir halt so, kandidiert, dann soll uns eines bewußt sein: Daran geht die Republik sicherlich nicht zugrunde, und wir haben die Aufgabe, aufzuzeigen, wie wenige es sind, die jenen Ungeist, den dieser politische Geisterreiter vertritt, in Österreich repräsentieren, das wird der beste Beitrag zum Thema: Nie wieder Faschismus, sein.

Rosa Jochmann dankte dem Genossen Lanc. Es ist jetzt schade, daß wir keine Diskussion machen können, sagte sie. Das, was Genosse Lanc gesagt hat, erfreute uns ja nicht immer, ich meine das Negative, das er aufgezeigt hat. Aber, Genosse Lanc, eines wollen wir dir sagen:

Du bist ein Antifaschist, du hast das immer bewiesen, und wir danken dir sehr für deinen Einsatz, und wir vertrauen dir, wir vertrauen dir aus ganzem Herzen.

Du hast eine schwere Aufgabe, Genosse Lanc, eine sehr schwere Aufgabe, nur manches Mal denke ich darüber nach: Viele Argumente haben wir vor 1934 auch gehört.

Verteidigungsminister Otto Rösch:

Seit ich die Verantwortung in diesem Ministerium übernommen habe, seit dem Jahr 1977, haben 430 Militäarakademiker, das sind die jungen Leute, aus denen sich das österreichische Offizierskorps gruppiert, in einem ganztägigen Besuch Mauthausen besucht. Das heißt mit anderen Worten, von den 296 Leutnanten, die das österreichische Bundesheer heute hat, ist ein jeder mindestens einen Tag in Mauthausen gewesen.

Ich weiß schon, man soll nicht deswegen euphorisch sein, der Besuch von Mauthausen bedeutet noch nicht, daß er auch den ganzen Geist von dort aufgenommen hat, aber, Genossinnen und Genossen, irgendwo muß man ja anfangen, und es kann nur bei den jungen Leuten sein. 80 Prozent der Offiziere und Unteroffiziere des österreichischen Bundesheeres stammen aus der Generation nach 1945. Von Jahr zu Jahr wird eine völlig neue Generation die Verantwortung dort übernehmen. Wir haben daher auch die ganz Jungen, die im sogenannten Bundesrealgymnasium des Heeres in Wiener Neustadt — es sind 245 — sind, ebenfalls nach Mauthausen geführt, und diese Aktion wird fortgesetzt.

Wenn Sie irgendwo hören, daß im Bundesheer Tendenzen sind, die unserer Meinung nach falsch sind, dann muß man sie aufgreifen, dann muß man sie bekämpfen, dann bitte ich Sie, mir das auch zu sagen, ich kann Ihnen versprechen, wir werden alles tun.

Verkehrsminister Karl Lausecker:

Ich befinde mich gegenüber meinen beiden Regierungskollegen in einer etwas anderen Ausgangsposition. Wir sind jene drei Minister, die in ihren Ressorts mit Uniformen zu tun haben. Die Träger der Uniformen, die in das Verkehrsressort hineinressortieren, die Post und die Bahn, sind in der Vergangenheit gerade im Kampf gegen den Faschismus fürwahr nie im Zwielficht gestanden, sind es doch so unendlich viele gewesen, die in dieser schwersten Zeit, für die Sie, liebe Genossinnen und Genossen, das „Niemals vergessen“ an die Wand schreiben, immer an der richtigen Front gestanden sind.

Sektionschef Dr. Karl Ernst:

Als Vertreter des Genossen Weißenberg in der Opferfürsorgekommission muß ich bei jeder Sitzung, auch heute noch, und es gibt jetzt schon 300

Sitzungen dieser Kommission, feststellen, daß es noch immer viele ungelöste Probleme gibt und viel persönliches Leid. Obwohl so viele Opfer schon von uns gegangen sind, ist die Zahl jener, die die Hilfe der Gemeinschaft benötigen, nicht wesentlich geringer geworden.

Das schlägt sich auch in den Budgetzahlen nieder. Ich möchte nur anführen: Im Jahre 1970 hat der Bund für Versorgungsleistungen 120 Millionen Schilling ausgegeben, und im Jahr 1980 wird er 230 Millionen ausgeben. Diese steigende Tendenz ist auch in der Einzelfürsorge zu beobachten, und ich möchte auch hier ein Beispiel anführen: Im Jahr 1979 wurden an 3000 bedürftige Opfer annähernd 10 Millionen Schilling ausbezahlt, daneben läuft noch eine umfangreiche Darlehensaktion, und ich darf auch noch hinzufügen, daß derzeit eine Novelle in parlamentarischer Behandlung ist, die Erhöhungen der Opferrenten, der Alterserschwerniszulagen und der Schwerstbeschädigtenzulagen vorsieht.

Wir sind bemüht, diese Fürsorge noch auszuweiten. Es wird uns aber nur dann gelingen, wenn wir Ihren Rat haben, denn Sie als Delegierte, als Interessenvertreter wissen wohl am besten über die Nöte, über die Sorgen und die Bedürfnisse unserer Opfer Bescheid.

Genossin Jochmann dankte auch für diese Begrüßungsansprache und erteilte dann dem Obmann der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft als Vertreter des ÖGB das Wort. Genosse Roman Rautner versicherte, daß die Freiheitskämpfer die vollste Unterstützung der sozialistischen Fraktion im ÖGB haben.

Zentralsekretär Fritz Marsch

erinnerte an das Jahr der Parteiarbeit und an die Notwendigkeit, für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ zu sorgen.

Besonders herzlich begrüßte Genossin Jochmann dann den früheren Stadtrat von München, Genossen Anton Weiß, selbst Opfer des Faschismus.

Anton Weiß:

Ich freue mich, daß ich Ihnen die Grüße des Parteivorstandes der SPD überbringen kann. Der Parteivorstand hat mich beauftragt, Ihnen seine Grüße zu übermitteln, und ich bin gerne diesem Auftrag gefolgt, obwohl ich bereits 80 Jahre auf dem Buckel habe.

Halten wir als Kämpfer gegen den Nationalsozialismus die Tradition wach. Versuchen wir, vor allem unserer Jugend und auch der heutigen Generation beizubringen, was es geheißen hat, im Dritten Reich Widerstand zu leisten. Es ist hier anerkennend gesprochen worden von der Jugend. Glauben Sie mir, wenn ich in Versammlungen komme und Genossinnen und Genossen frage, was sie vom Widerstand wissen — keine zehn sind es meistens, die davon etwas wissen. Und noch schlimmer ist es bei der Jugend. Wir brauchen bloß unsere deutschen Schulbücher anzusehen, dann wissen wir, wieviel es geschlagen hat, die Vergangenheit bis 1945 ist nur selten erwähnt, Unterrichtungen sind mangelhaft. Das einzige, was wir Münchner noch haben, ist das Konzentrationslager, das wirklich immer stärker besucht wird, aber in der Hauptsache von Ausländern, von Niederländern, von Engländern.

Wehren wir den Anfängen und erneuern und vertiefen wir die Zusammengehörigkeit der Sozialisten aller Länder und vor allem Deutschlands und Österreichs, vertiefen wir die Bruderschaft, die uns vor 1933 zusammengeführt hat, und unser wertvollstes Gut ist für die Zukunft.

Dem Geist und der Gesinnung treu bleiben

Aus der Begrüßungsansprache von Bundeskanzler
Dr. Bruno Kreisky

Genossinnen und Genossen! Ich muß jetzt reden, weil ich von hier ins Burgenland an die ungarische Grenze muß, weil ich dort den ungarischen Ministerpräsidenten um vier Uhr empfangen muß und mit ihm eine Konferenz bis morgen mittag habe. Ich wollte es mir aber doch nicht entgehen lassen, wenigstens einige Worte der Begrüßung und des Dankes zu sagen für das, was die Partei, die gesamte Arbeiterbewegung euch zu danken hat, für das, was Ihr in der Zeit vor den 35 Jahren, die wir jetzt feiern, für die Bewegung vollbracht habt.

Ich brauche euch diese Zeit nicht zu schildern, denn jeder von euch hat sie handelnd und leidend miterlebt. Wenn man das alles weiß, dann werden Sie verstehen, daß es für jemanden, der zu eurer Gemeinschaft gehört, die ernste Sorge sein muß, daß die sozialistische Bewegung auch nach zehn Jahren Regierungstätigkeit ihrem Geist und ihrer Gesinnung treu bleibt. Das scheint mir das wichtigste zu sein. Nichts ist gefährlicher für eine große sozialistische Bewegung, als daß ihr Gefühl für die Ideen, denen sie verpflichtet ist, abgestumpft wird und daß man aus Gründen der Anpassung an Gegebenheiten, die immer wieder da sind, nachgibt.

Das war auch der Grund, weshalb wir uns vor einiger Zeit ein neues Programm gegeben haben, nicht weil das alte schlecht gewesen wäre, sondern weil das alte vor mehr als 20 Jahren verfaßt wurde, als die Zeit eine ganz andere war, als die wirtschaftlichen, die geschichtlichen Bedingungen so ganz anders waren, als sie es nun sind, wozu noch kommt, daß wir nun zehn Jahre regieren, und es notwendig ist, das, was man tut, immer wieder in Einklang zu bringen mit dem, was man will.

So haben wir uns an die Abfassung eines neuen Parteiprogramms gemacht und haben versucht, in diesem Programm den Zielen und Aufgaben gerecht zuwerden, von denen wir glauben, daß sie sich in den letzten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts stellen.

Das Ringen um die Ziele

Als wir jung waren, waren wir alle in der Bewegung mehr oder weniger beteiligt an dem großen Streit, wie wir um die Ziele unserer Bewegung ringen sollen. Da kamen die einen zu uns und haben gesagt: Seht ihr denn nicht, wie mächtig die anderen sind, seht ihr denn nicht, wie wenig wir Chancen haben, unsere ganz großen Ziele zu erreichen. Wir müssen also versuchen, mit den Mitteln der täglichen Reform, mit den Mitteln der Sozialpolitik diese Gesellschaft soweit als möglich zu sanieren, sie erträglicher zu machen für die arbeitenden Menschen. Das war die Zeit der großen sozialpolitischen Reformen, und es soll nichts Verkleinerndes hierüber gesagt werden.

Als dann in den frühen dreißiger Jahren die große Krise ausbrach, mit den Millionen Arbeitslosen, da hat sich sehr bald gezeigt, daß all diese schö-

nen und großartigen Reformen, die das Leben der arbeitenden Menschen sichern sollten, nicht finanziert, daher auch nicht verwirklicht werden konnten und daß all die Reformen, die es für die arbeitenden Menschen gab, den Arbeitslosen nichts bedeuteten, und daß vor allem das Recht auf Arbeit, das zum Beispiel in der deutschen Verfassung vorgeschrieben war, in Wirklichkeit sich als frommer Wunsch erwiesen hat, dem auf der anderen Seite das Unvermögen der Regierung gegenüberstand, dieses Recht auch zu verwirklichen, ihm zum Durchbruch zu verhelfen.

So hat sich bei den arbeitenden Menschen und noch mehr bei den arbeitslosen Menschen, das Gefühl verbreitet, daß das jedenfalls nicht der richtige



Bruno Kreisky bei seiner Begrüßungsansprache

Weg war, und man kann mit Recht sagen, daß die Politik der Reformen in eine Sackgasse geraten ist. Da kamen die anderen zu uns und sagten, ihr müßt das anders sehen. Wir bleiben unserem Wesen nach eine revolutionäre Bewegung, wir müssen aber auf den revolutionären Augenblick warten, in dem wir diese revolutionäre Gesinnung auch unter Beweis stellen können. Solche Augenblicke kommen, werden einmal kommen. Wenn wieder einmal ein Krieg ausbricht, wird nachher eine revolutionäre Situation da sein, manche haben sogar geglaubt, wenn diese Krise weitergeht und zur letzten Krise des Kapitalismus werden wird, dann wird die Situation gekommen sein, und so ist eine Theorie entstanden, die viel — für uns Jungen vor allem — an Faszination hatte, nämlich, daß wir uns vorbereiten müssen auf diesen Augenblick und daß das, was dazwischenliegt, eine Pause zwischen den Revolutionen ist.

Wir haben erkennen müssen, daß auch diese theoretische Grundlage unserer Politik nicht standgehalten hat vor der Geschichte. Es hat sich gezeigt, daß nach dem größten aller Kriege nicht die Revolu-

Fortsetzung auf Seite 8

tionen folgten, sondern daß überall dort, wohin die siegreichen Armeen kamen, jenes politische Regime errichtet wurde, das eben in den Ländern herrschte, aus denen die siegreichen Armeen kamen.

Und das, was die große Bedeutung dieser 35 Jahre und der ersten zehn Jahre der Zweiten Republik war, war doch der Umstand, daß wir in Österreich vor der Gefahr gestanden sind, daß man für dieses kleine Österreich zwei Lösungen sich hat denken müssen. Die eine, im Osten Österreichs, nach dem östlichen Schema, und die andere, im Westen Österreichs, nach dem westlichen Schema. Und genau das wollten wir nicht haben.

Für die Einheit der Republik

Für uns gab es einen politischen Grundsatz, der für uns unumstößlich war, nämlich die Einheit Österreichs zu erhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen! Es war an einem späten Abend, es war eigentlich schon Nacht, im Jahre 1954 in Berlin, da hat uns der amerikanische Außenminister Dulles rufen lassen — den Bundeskanzler Figl und mich, damals war ich Staatssekretär — und hat gesagt: Ihr wollt ja eine Neutralitätserklärung abgeben, so ähnlich sagte er. Ja seid ihr euch klar darüber, wenn ihr das morgen tun werdet vor den Außenministern der Vier, daß ihr dann für eine Politik eintretet, mit der Österreich ein militärisches Vakuum werden wird, jeden sozusagen einladen wird, sich dieses wehrlosen Landes zu bemächtigen. Muß es da nicht für euch besser sein, mächtige Freunde als Verbündete zu haben.

Figl hat ihm geantwortet, dann hat er sich an mich gewendet, weil er gehört hat, daß ich diese Formulierung in Wien vorgeschlagen hätte. Ich habe ihm gesagt, ich will gar nicht leugnen, wenn ein kleines Land einen großen Verbündeten hat, dann kann es sich wahrscheinlich sicher fühlen, aber das geht ja im Falle Österreichs nur um den Preis der Hälfte unseres Landes, der Teilung Österreichs, denn das, was Sie uns hier vorschlagen, kann ja nur für den Westen Österreichs gelten, und der Osten geht dann unweigerlich auf die andere Seite hinüber. Und weil wir das nicht haben wollen, müssen wir für eine Lösung eintreten, die uns die Einheit der Republik erhält.

Sehen Sie, Genossinnen und Genossen, das ist der tiefste Sinn unserer Neutralität. Von dorthier kommt sie, und deshalb bedeutet sie so unendlich viel für uns. In der Praxis bedeutet sie natürlich, wie sich jetzt zeigt, auch schwierige Entscheidungen. Wir können uns nicht danach richten, was die Verbündeten sich alles ausdenken und dem entsprechen, wir müssen jedesmal aufs neue über unsere eigene Politik nachdenken.

Iran und Afghanistan

Wenn man zu uns kommt und sagt, ihr seid doch unsere Freunde, also schließt euch doch unseren Boykottmaßnahmen gegen den Iran zum Beispiel an, dann müssen wir sagen, liebe Freunde, wir sind auch gegen die Geiselnahme, auch wir halten das für ein völkerrechtliches Verbrechen, aber selbst wenn es Krieg gebe zwischen euch, könnten wir als neutraler Staat uns den Boykottmaßnahmen nach den Regeln des internationalen Völkerrechts als immerwährend neutraler Staat nicht anschließen. So werden wir uns auch jetzt verhalten.

Anders schon ist es, wenn es sich um die Frage dreht, ob wir an den Olympischen Spielen teilnehmen. Hier könnten wir auch als neutraler Staat, als Regierung eines neutralen Staates, einen anderen Standpunkt einnehmen. Wir könnten sagen, wir sind sehr ungehalten darüber, daß man in Afghanistan mit fremden Truppen einmarschiert ist und so lange dieser Krieg dort vor sich geht gegen ein kleines Volk, so lange wollen wir an solchen Spielen nicht teilnehmen.

Man muß sich überlegen, ob eine solche Boykottmaßnahme auch einen Sinn hat. Und da sage ich: Erstens hat die österreichische Bundesregierung keinerlei gesetzliche Handhabe, wir können niemanden zwingen, nicht dorthin zu reisen, wir können auch niemanden zwingen, dorthin zu reisen, das müssen die selber entscheiden. Die wissen alle ganz genau Bescheid, um was es geht, sie müssen die Entscheidung treffen.

Zweitens glaube ich, daß diese Maßnahme wirkungslos ist. Diese Maßnahme kann so mißverstanden werden und so viel verschütten, denn schließlich ist es das russische Volk, das so große Opfer bringt, auf sehr vieles verzichtet, um diese ungeheuren Kosten, die diese Olympiade verursacht, hereinzubringen. Ich fürchte, daß eine solche Abweisung weniger die Sowjetregierung als das sowjetische Volk treffen könnte.

Und was uns betrifft, so sage ich ihnen ganz offen: Dafür, daß man uns zweimal auf die Schulter klopft, wie mutig wir sind und dann fünf Jahre lang immer wieder einen Canossagang nach Moskau anzutreten, um das oder jenes zu erreichen, das macht uns viel schwächer und bringt uns in viel größere Schwierigkeiten, als uns eine eindeutige Haltung in der Frage des Olympiaboykotts brächte, das halten wir nicht für das geeignete Rezept.

Gegen militärische Kraftakte

Damit habe ich die beiden wichtigsten Fragen erklärt, die uns beschäftigen, die uns sicher keine Freunde bringen werden. So möchte ich hier an dieser Stelle auch sagen, daß wir in der Frage der Geiselnahme in Teheran ununterbrochen am Werke waren und nicht nur, was die Mitteilungen in den Zeitungen betrifft, nicht nur, daß wir uns auf diplomatischem Weg zusammen mit anderen Staaten gemeldet haben.

Wir haben verschiedentlich in sehr intensiver Weise auf Grund der Beziehungen, die wir immer noch dort haben oder die wir wieder dort haben, so manchem großen Staat und auch den Vereinigten Staaten gewisse Dienste erweisen können. Daß sie nicht immer gut ausgegangen sind oder das gebracht haben, was wir gehofft haben oder was wir haben wollten, das hängt mit der besonderen Situation zusammen.

Aber wir haben manches andere erreicht. Wir konnten erreichen, daß Hinrichtungen verschoben werden oder wurden, wir konnten gewisse Zusicherungen über die Behandlung dieser Geiseln erreichen, usw. Ich persönlich neige der Auffassung zu seit langem, und ich hätte das hier gesagt, auch wenn gestern gar nichts passiert wäre, weil ich das immer schon gesagt habe, ich erwarte mir von militärischen Kraftakten gar nichts.

Nicht nur, weil ich glaube, daß sie unmöglich sind, über diese gewaltigen Entfernungen hin und in Anbetracht der besonderen Lage, sondern weil ich der Auffassung bin, daß es sich im Iran um einen Zwiespalt handelt, der nur immer wieder verdeckt wird durch die unruhige Politik, die man dem

Fortsetzung auf Seite 10

Unsere Arbeit im Bund

Aus dem Bericht von Rudolfine Muhr

Meine Aufgabe, über die Arbeit im Bund zu sprechen, ist eigentlich leicht, denn unsere Arbeit im Bund ist seit der Gründung immer die gleiche geblieben.

Im Jahr 1947, als der Grundstein zum Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gelegt wurde, hat sich der Bundesvorstand drei Schwerpunkte für seine Arbeit festgelegt, eigentlich vier. Es ist allen bekannt, was unsere Arbeit im Bund ist, was sie in der Vergangenheit, auch in den letzten drei Jahren war, was sie sein wird von morgen an, da der Bundesvorstand neu beginnen wird.

Der Opfer gedenken

Die erste Aufgabe ist es, daß wir das Andenken an die Opfer wachhalten, daß wir uns zu jeder Zeit und in jeder Tätigkeit bemühen, ihr Vermächtnis zu erfüllen. Sie haben ihr Leben, ihre persönliche Freiheit für die Demokratie und für die Freiheit gegeben.

Das Andenken an die Opfer halten wir hoch, indem wir immer wieder, im Februar und im November jeden Jahres, zu den Mahnmalen gehen, dort einen Kranz niederlegen und in Worten der Opfer gedenken.

Wir ehren aber auch das Andenken der Opfer an historischen Gedenktagen, zum Beispiel den Tagen des Februars 1934, wo in Österreich die Freiheit und Demokratie zerschlagen, die Arbeiterschaft niedergeworfen wurde und viele der Besten die Gefängnisse füllten und der Galgen aufgerichtet wurde. Wir erinnern an den März 1938, an dem der braune Faschismus den Ständestaat ablöste und die Hitler-Armeen Österreich besetzten.

In der Strafanstalt Stein wurde der politischen Gefangenen und des Gefängnisdirektors gedacht, die in den Apriltagen 1945 von der SS in einem unvorstellbaren Massaker ermordet wurden.

An 150 Gedenktafeln und beim Mahnmal im Zentralfriedhof wurden die Opfer durch Kranzniederlegungen gewürdigt.

Am 12. März 1978 fand eine Großkundgebung statt, welche die Teilnehmer vom Morzinplatz — dem ehemaligen Sitz der Gestapo — in einem Schweigemarsch zum Parlament führte, wo Genosse Kreisky eine aufrüttelnde Ansprache gehalten hat. Diese Kundgebung war einerseits den Opfern gewidmet, andererseits aber ein Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie sowie zu unserem Kampf gegen alle faschistischen und antisemitischen Bestrebungen.

Das sind Gedenken, die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt wurden, aber gleichzeitig werden wir damit unserer zweiten Aufgabe gerecht, nämlich wir erfüllen so das Vermächtnis unserer unsterblichen Opfer.

Den Anfängen wehren

Der Widerstand hat viele Opfer gefordert. Wer, wenn nicht wir, soll einen unerbittlichen Kampf gegen alle Formen des Faschismus führen, wer, wenn nicht wir, soll gegen den Antisemitismus auftreten,

wer, wenn nicht wir, soll den Anfängen wehren. Heute hat Genosse Lanc — und es ist sicher seine ehrliche Überzeugung — gemeint, man gibt kleinen Gruppen mehr Bedeutung, wenn man Sondergesetze schafft. Dieser Meinung bin ich nicht, denn wie soll man den Anfängen wehren, wenn man diesen Reaktionen gestattet, den Boden der Demokratie für ihre Propaganda auszunutzen (Beifall).

Wir wenden uns immer wieder an die offiziellen Stellen und verlangen, daß faschistische, rechtsextremistische Veranstaltungen verboten werden. Oft werden sie auch verboten. Genosse Rösch hat uns einmal gesagt, er habe solche Veranstaltungen öfter verboten, aber der Verfassungsgerichtshof hat über Klage der Veranstalter das Verbot aufgehoben, doch diese Aufhebung kam zu spät, sie hatte keine Wirkung mehr.

Dann haben wir gefordert — und dies gehört auch zu den Aufgaben des Bundes —, wenn die Gesetze nicht ausreichen, um faschistische oder reak-



Rudolfine Muhr bei ihrem Bericht

tionäre Tätigkeiten zu unterbinden, dann müssen eben die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Genossin Jochmann hat schon darauf verwiesen, daß heute abend eine Demonstration gegen die Kandidatur eines Faschisten — der Name ist nicht genannt worden, aber es wissen alle, wer gemeint ist —, stattfindet.

Wir haben keine Angst davor, daß dieser Herr viele Stimmen kriegt oder gewählt wird, aber er kann auf legalem Boden seine Propaganda entwickeln, und das soll vor allem im Hinblick auf die Jugend verhindert werden.

Propaganda und Aufklärungsarbeit

Wir haben anlässlich „40 Jahre März 1938“ eine Broschüre „März 1938“ von Genossen Hindels herausgebracht, zu der einige Zeugen dieser Zeit einen Beitrag geleistet haben.

Von dieser Broschüre sind 30.000 Exemplare abgesetzt worden. Es stehen aber noch 4000 zur Verfügung, und es wäre schön, würden die Landesver-

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

bände es sich zur Aufgabe machen, diesen Restbestand bei der Jugend, den Gewerkschaften und in der Partei zu vertreiben.

Wir haben weiter 800 Exemplare von der Dokumentation „Die Steine reden“, verfaßt — im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft — von Erich Fein, abgesetzt.

Von dem Buch „Käthe Leichter — Leben und Werk“ konnten 200 Exemplare vertrieben werden.

Wichtige Propaganda- und Aufklärungsarbeit leistet unsere Zeitung „Der Sozialistische Kämpfer“. Die Zeitung erscheint jährlich fünfmal in einer Auflage von 4500 Stück, und es werden darin unsere Leser immer wieder über die Gefahren des Neofaschismus und Rechtsextremismus aufgeklärt, aber es werden auch politische Themen und Fragen der Opferfürsorge ausführlich behandelt.

Die Arbeit in der Partei

Jetzt will ich von einer Arbeit sprechen, die heute schon erwähnt wurde, nämlich von der Arbeit in der Partei. Sie besteht seit 1945. Das kann ich an einer einzigen Zahl darstellen, die Genosse Schärf in seinem Begrüßungsartikel in der ersten Nummer unserer Zeitung, im Jahre 1949, mitgeteilt hatte. Er erinnerte daran, daß beim Parteitag 1946 von 380 Delegierten 244 Genossen und Genossinnen 3178 Monate in Konzentrationslagern und Gefängnissen inhaftiert waren. Die hohe Anzahl der Delegierten, die im Freiheitskampf standen, beweist, daß sie sofort in der Stunde Null wieder mit der Arbeit begannen und maßgeblich am Aufbau der Partei und des Staates mitwirkten.

Wir haben uns immer dazu bekannt, daß wir ein Teil der Partei sind. Bei der Bundeshauptversammlung 1952 hat der Berichterstatter am Schluß seiner

Fortsetzung von Seite 8

Iran gegenüber macht, zwischen den Gewählten, neu an die Macht gekommenen Männern, und anderen Gruppen, die sich vor allem um den Ayatollah Khomeini gruppieren.

Und eine solche Auseinandersetzung soll man nicht stören, so lange nicht, solange man nicht überzeugt davon ist, daß sie auch etwas Positives bringen kann.

Die historische Aufgabe

Nun, Genossinnen und Genossen, das wollte ich bei dieser Gelegenheit sagen und euch abschließend bitten, so wie bisher denen, die jünger sind als ihr und deren Erlebnisinhalt kleiner ist als eurer — und das bedeutet viel in der Geschichte der letzten 50 Jahre —, daß ihr ihnen einiges von dem vermittelt, was es da gegeben hat, vor allem jetzt, da die Jungen sich für all das zu interessieren beginnen.

Lange Zeit war es ja so, daß sie uns nicht gerne zuhören wollten, jetzt aber sind sie in einer Situation, daß sie uns fragen, immer wieder fragen — ich erlebe das in diesen Monaten mit einer Intensität, die ich mir früher nicht habe träumen lassen, das fängt bei den Kindern an und geht hinauf bis zu den Studenten. Und daher sollen diejenigen antworten in der Partei, die auch die Antwort wissen, weil sie ja aus der eigenen Erfahrung schöpfen.

Das ist eine historische Aufgabe, die Ihr habt, und das wollte ich euch gern aus Anlaß dieser Konferenz heute sagen, verbunden mit dem Dank der Gesamtpartei für das, was Ihr vollbracht habt und immer noch vollbringen werdet.

Ausführungen die Aufforderung an die Freiheitskämpfer gerichtet: „**Aufgabe unseres Bundes muß es sein, daß alle seine Mitglieder zugleich tätige Mitarbeiter der Partei werden und daß wir überall unsere Meinung zum Ausdruck bringen.**“ Dieser Geist von damals ist heute noch vorhanden, er wird heute noch geübt, und die Zusammenarbeit Partei und sozialistische Freiheitskämpfer trägt auch seine Früchte. Trotz des hohen Alters unserer Funktionäre sind sie noch in den Sektionen, in den Bezirken und auch in den verschiedenen sozialistischen Organisationen tätig. Die gute Zusammenarbeit möchte ich an einem Beispiel demonstrieren. Die Wiener Landesbildungskonferenz hat im März 1980 eine Resolution verfaßt. In der Landesbildungskonferenz sind sehr viele junge Genossinnen und Genossen, aber auch viele Freiheitskämpfer tätig, die immer wieder aufstehen, ihre Meinung sagen und dafür werben, daß wir in unserer Arbeit unterstützt werden.

In der Resolution wird zur Gefahr von rechts Stellung genommen. Zuerst sagen sie, daß es sie mit Befriedigung erfüllt, daß im Parlament einstimmig ein Abzeichengesetz beschlossen worden ist, zur Bekämpfung neofaschistischer Aktivitäten. Dieses Gesetz gibt der Polizei die Handhabe, einzugreifen, wenn Nationalsozialisten, in Uniform oder mit Abzeichen, irgendeine Aktion setzen. Sie bekennen sich zum Kampf gegen den Faschismus, sie bekennen sich zum Kampf gegen den Rechtsextremismus, und sie sagen zum Schluß in dieser Resolution — das möchte ich auch wörtlich zitieren: „Im Bewußtsein der Verpflichtung gegenüber den Opfern des Faschismus und in Solidarität mit den Kämpfern gegen den Faschismus in aller Welt werden die Bildungsfunktionäre der SPÖ Wien ihre antifaschistische Tätigkeit verstärkt fortführen.“

Das ist das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen Freiheitskämpfern und der politischen Bildungsorganisation.

Opferfürsorge

Eine weitere Verpflichtung des Bundes ist es, die Interessen der Opfer und Hinterbliebenen zu vertreten. Genosse Blau hat im Berichtsheft über die Erfolge, die auf dem Gebiet der Opferfürsorge seit 1977 erzielt werden konnten, ausführlich geschrieben. Ich empfehle, lesen Sie diesen Bericht aufmerksam, denn er gibt Ihnen die Möglichkeit, unsere Mitglieder über ihre Rechte genau zu informieren. Gegenwärtig liegt im Parlament eine Novelle zum Kriegsoferversorgungsgesetz. Noch wissen wir nicht, ob der Nationalrat die Novelle, wie sie vorliegt, unverändert beschließen wird. Nur einige kurze Hinweise.

Es sind Erhöhungen der Grundrenten in drei Etappen vorgesehen. Allerdings kommen Rentenbezieher, die eine Grundrente von 70 Prozent beziehen, diesmal nicht zum Zuge, da für diese Gruppe schon früher Erhöhungen bewilligt wurden. Was jetzt an Rentenerhöhungen für die Kriegsofper zu erwarten ist, ist sozusagen ein Nachziehverfahren.

Nachdem aber die Rentensätze im Kriegsoferversorgungsgesetz auch für das Opferfürsorgegesetz Gültigkeit haben, werden die Opferrenten im gleichen Ausmaß erhöht.

Das gleiche gilt auch für die Erhöhung der Erbschwerniszulage im Alter. Die Alterserbschwerniszulage wird erst ab 70 Prozent erhöht. Wir werden, wenn die Novelle vom Nationalrat beschlossen wird, euch ausführlich über die neuen Rentensätze informieren.

Nun haben wir darüber hinaus offene Wünsche im Opferfürsorgegesetz. Daher haben wir bereits unsere Forderungen für eine 26. Novelle zum Opferfürsorgegesetz im Sozialministerium eingereicht. Wir beziehen uns dabei auf die Bestimmung im Opferfürsorgegesetz 1947, § 2, in der versprochen wird, daß die Opfer des Faschismus 1947 auf Grund der finanziellen Verhältnisse nicht so entschädigt werden können, wie sie es auf Grund ihrer Leistungen und Leiden verdienen würden, dies aber bei einer besseren Finanzlage des Staates nachgeholt werden soll. Jetzt, 35 Jahre nach der Befreiung, wäre es an der Zeit, unsere bescheidenen Forderungen zu erfüllen. Die zwei wichtigsten Forderungen will ich mitteilen.

Erstens: Eine Erhöhung der Unterhaltsrente.

Zweitens: Wir haben Opfer, die seinerzeit mit 30 oder 40 Prozent Erwerbsverminderung eingestuft wurden. Diese Opfer haben keinen Anspruch auf die Alterszulage. In der Regel verschlechtert sich im Alter auch ihr Gesundheitszustand. Suchen sie wegen der Verschlimmerung ihres Gesundheitszustandes um Neuberechnung ihrer Opferrente an, werden sie zumeist abgewiesen, weil der Arzt in seinem Gutachten die Verschlimmerung als altersbedingt und nicht als kausal mit dem Haftleiden feststellt. Daher fordern wir, daß Opfer, die eine Opferrente von 30 oder 40 Prozent beziehen, ab dem 65. Lebensjahr eine Mindestrente von 50 Prozent erhalten sollen, und zwar ohne ärztliches Gutachten. Häftlinge in den Konzentrationslagern und Gefängnissen haben allzuviel durchgemacht und einen größeren gesundheitlichen Schaden erlitten als die Soldaten an der Front. Diese wurden bei Krankheit ärztlich betreut, sie erhielten auch die notwendigen Medikamente — Häftlinge erhielten weder eine ärztliche Behandlung noch Medikamente. Dies wirkt sich im Alter eben mehr aus.

Ein anderes Problem ist die Rezeptgebühr. Opfer ohne Einkommen erhalten die Unterhaltsrente. Nun gibt es aber Opfer, die eine Teilunterhaltsrente beziehen, da sie auch nach dem ASVG eine Rente

erhalten. Sie aber müssen die Rezeptgebühr bezahlen, obwohl ihr Einkommen nicht höher ist als das der Bezieher der vollen Unterhaltsrente. Wir haben diese Frage bereits beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger anhängig gemacht. Wir fordern die Beseitigung dieser Härte für die Teilunterhaltsrenten. Auch über diese Entscheidung werden wir in unserer Zeitung berichten.

Wachsam bleiben!

Zusammengefaßt besteht nach wir vor unsere Aufgabe darin, daß wir den Anfängen wehren, Demokratie und Freiheit schützen und wachsam bleiben. Gewiß, unsere Kraft ist schwächer als vor 35 Jahren, aber solange es noch einen lebenden Freiheitskämpfer aus der Zeit der Illegalität gibt, müssen wir unsere Stimme erheben, damit es nie mehr zu einem Holocaust kommt.

In einem wunderbaren Schwur haben die Häftlinge von Buchenwald bei der Befreiung erklärt: „Wir werden den Kampf erst aufgeben, bis der letzte Schuldige von einem Gericht aller Nationen verurteilt wird!“

Dieser Schwur konnte nicht erfüllt werden, denn der letzte Schuldige steht noch lange nicht vor Gericht, und wir erleben es immer wieder, daß Schuldige freigesprochen werden. Ihre Losung war aber auch die Zerschmetterung des Faschismus, und diese Losung hat heute für uns noch Gültigkeit.

Wir wenden uns in diesem Sinne an die Jugend, sie soll das große Erbe von Generationen übernehmen, damit das Recht auf die Frucht der Arbeit, das Recht auf Schönheit, auf Gesundheit und auf Wissen allen zuteil wird, in einem Leben des Friedens und der Freiheit.

Wir danken allen Funktionären für die schwere Arbeit, die sie noch immer leisten, und wir werden die Arbeit des Bundesvorstandes in diesem Sinne weiterführen, solange es noch einen Freiheitskämpfer aus der jüngsten Vergangenheit in Österreich gibt. (Lebhafter Beifall.)

Die toten Frauen von Ravensbrück

Schwestern, vergeßt uns nicht,
vergeßt nicht die Toten von Ravensbrück!
Wenn ihr uns vergeßt,
war unser Sterben umsonst.
Umsonst die Tränen, die wir geweint,
umsonst der Schweiß, der von uns geflossen
in tiefer Erniedrigung,
schrecklicher Angst,
das Grauen,
der Tod —
wenn ihr uns vergeßt,
war unser Sterben umsonst.
Ihr sollt auch nicht weinen um uns, ihr Schwestern,
die ihr lebt in der Heimat,
die ihr lebt in der Welt,
ihr sollt nicht klagend die Hände ringen,
weil wir mit euch nicht das Ende mehr sahen,
weil wir Asche waren,
ja, Asche,
als die Erlösung kam.
Nicht weinen, ihr Schwestern!
Tränen
vernebeln den Blick,
machen blind,

machen schwach.
Ihr aber sollt stark sein, ihr Schwestern,
klar und stark wie noch nie.
Stark fühlen,
stark denken,
stark sprechen,
stark handeln!
Denn riesenhaft
und grausig
reckt wieder sich der Menschheitsfeind empor.
Laßt uns Tote leben
in euren Herzen,
in euren Gedanken,
in euren Parolen,
in eurer Liebe,
in eurem Haß.
Dann haben wir nicht umsonst gelitten,
nicht umsonst sind wir dann als Opfer gefallen,
aus unserer Asche
steigt lodernd und licht
der Mut euch zum Kampfe,
zum Kampf für die Menschheit,
für Einheit und Freiheit,
zum Kampf für den Frieden,
für den Frieden der Welt.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Aus dem Hauptreferat von Josef Hindels

35 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und nach der Befreiung Österreichs von der Nazibarbarei sehen wir eine hochinteressante geistige Entwicklung in der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Es gibt eine Erscheinung, die man die Renaissance oder auch die Wiederentdeckung des Austromarxismus nennt.

In Frankreich, in Italien, in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen sich sozialistische Den-

ke, und das andere ist der Mut zur selbstkritischen Analyse.

Ich glaube, er hat damit zwei wesentliche Merkmale des austromarxistischen Denkens, dessen hervorragendster Vertreter Otto Bauer war, zum Ausdruck gebracht. Und wenn wir heute als sozialistische Freiheitskämpfer die Frage stellen, wo wir 35 Jahre nach der Befreiung stehen, dann glaube ich, daß wir den Mut haben müssen, darauf auch eine kritische Antwort zu geben. Und ich möchte es gleich vorwegnehmen: Ich bin nicht mit allem einverstanden gewesen, was gestern in den Begrüßungsreden zur Frage der neofaschistischen Gefahr gesagt wurde. (Beifall.)

Ich werde dazu in meinem Referat – und ich hoffe, daß es auch in der Diskussion geschieht –



Josef Hindels bei seinem Referat

ker mit den Schriften von Otto Bauer, mit den Schriften von Max Adler, mit dem Ideengut des Austromarxismus. Und bei einem Otto-Bauer-Seminar, das dank der Initiative der sozialistischen Jugendorganisationen in Wien stattgefunden hat, habe ich einem italienischen Teilnehmer, der vorher Otto Bauer nicht gekannt hat, weil die Schriften Otto Bauers nicht ins Italienische übersetzt waren, die Frage gestellt: Was fasziniert euch so an Otto Bauer? Warum beschäftigt ihr euch jetzt auch in Italien mit dem Austromarxismus? Und der Italiener hat mir geantwortet: An Otto Bauer und an den Austromarxisten fasziniert uns zweierlei: Das eine ist die tiefe Verbundenheit mit der sozialistischen

*Im Widerstandskampf gegen das barbarische NS-Regime haben 35.000 Österreicher, darunter auch viele Gewerkschafter, ihr Leben geopfert. Allen diesen Opfern und Überlebenden des österreichischen Widerstands, allen Frauen und Männern der ersten Stunden, allen jenen, die mitgeholfen haben, Österreichs Freiheit wieder zu erringen, sind wir zu tiefem Dank verpflichtet.
Es lebe die demokratische Republik Österreich!*

Aus dem Begrüßungsschreiben von
ÖGB-Präsident Anton Benya

vom Gesichtspunkt der Sozialistischen Freiheitskämpfer aus noch Stellung nehmen.

Zunächst aber ein flüchtiger Rückblick auf die Vergangenheit. Wie war es damals nach der Befreiung? Es wird jetzt immer gesagt, und mit Recht gesagt, es gab Hunger, Not, Elend, Trümmer, eine ruinierte Wirtschaft. Das alles ist richtig, und das alles haben die meisten von uns ja damals selbst erlebt. Aber es gab noch etwas, und das soll man nicht vergessen: Es gab die große Freude in unseren Reihen, daß die Zeit des Faschismus zu Ende ist. Es gab die Begeisterung, daß unsere Partei, die wir immer als eine Partei, die man zwar unterdrücken, verfolgen, aber nicht besiegen kann, betrachtet haben, wieder da ist.

Wer hat die SPÖ wiederaufgebaut?

Und es hat damals für jeden von uns sehr viel bedeutet, daß man wieder mit „Freundschaft“ grüßen konnte, daß man sich als Genossin und als Genosse anreden konnte und daß wir endlich frei unsere Meinung sagen konnten. (Beifall.)

Es ist keine Überheblichkeit, und ich möchte meine eigene Person bewußt ausnehmen, sondern eine historische Tatsache, daß der Wiederaufbau der Sozialistischen Partei nach 1945 unmöglich ge-



wesen wäre ohne jene Generation, die auch nach dem Februar 1934 ihrer Gesinnung treu geblieben ist. (Beifall.)

Schauen wir uns die Bilder von damals an! Wir werden Genossinnen und Genossen erkennen — sie waren damals um 35 Jahre jünger, aber wir erkennen sie trotzdem —, die aus den Konzentrationslagern, aus den Zuchthäusern, aus dem Dunkel der Illegalität, aus dem Exil zurückgekehrt sind, und sie waren es, die vom ersten Tag an sich unserer Partei selbstlos zur Verfügung gestellt haben.

Aber, so groß die Freude war, es gab auch damals, obwohl wir selten darüber gesprochen haben, so etwas wie eine Enttäuschung. Und ich werde nie vergessen, wie ich das erstemal seit den Jahren der Illegalität mit dem Genossen Peter Strasser zusammengekommen bin, und der Genosse Strasser in seiner Art — viele von euch haben ihn ja gekannt — mir folgendes gesagt hat — ich höre es noch, als ob es heute gewesen wäre —: Bruno — ich blieb für ihn immer der Bruno aus der Zeit der Illegalität

—, in Österreich schaut es ganz anders aus, als wir es uns seinerzeit vorgestellt haben.

Die ausgebliebene Revolution

Genosse Peter Strasser, dem die sozialistische Jugend unendlich viel verdankt, hatte recht. Was ist damals geschehen? Wenn wir das wissen wollen, müssen wir das letzte Buch lesen, das Otto Bauer im Exil geschrieben hat, sein hervorragendes Werk „Zwischen zwei Weltkriegen.“ In diesem Buch sagt Otto Bauer — und das war auch die Meinung der Revolutionären Sozialisten —: Er ist überzeugt, daß es zu einer antifaschistischen Revolution gegen Hitler kommen wird.

Das ganze Konzept, das Otto Bauer entwickelt hat, ist davon ausgegangen. Im Zweiten Weltkrieg werden sich die Massen gegen den Hitler-Faschismus erheben. Es wird in ganz Europa eine revolutionäre Situation geben, und wir werden unsere sozialistischen Ziele verwirklichen können.

Wir haben alle erkennen müssen — Genosse Kreisky hat gestern in einer Bemerkung auch darauf hingewiesen —, daß es anders gekommen ist. Es ist anders gekommen, weil der Terror so stark war, daß er zwar nicht den Widerstand verhindern konnte, aber eine Revolution, eine Erhebung der Volksmassen unmöglich gemacht hat. Und es ist anders gekommen — und ich wäre unehrlich, wenn ich das nicht aussprechen würde —, weil der Ungeist des Faschismus auch tief eingedrungen ist, nicht in die Mehrheit, aber doch in Teile unserer Bevölkerung.

Und dann kam hinzu, daß Österreich militärisch von vier Großmächten befreit wurde, von vier Groß-

Fortsetzung auf Seite 14

Anlässlich dieser Veranstaltung, die ihr unter das Motto „35 Jahre nach der Befreiung“ gestellt habt, erlaube ich mir, für eure Tätigkeit, die Erinnerung an den österreichischen Freiheitskampf zur Beseitigung des Nationalsozialismus hochzuhalten, meinen persönlichen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Euer Wirken war bisher und wird auch in Zukunft ein Garant für Friede, Freiheit und Demokratie in unserem Lande sein.

Aus dem Begrüßungsschreiben von
Bautenminister Karl Sekanina

Wenn wir im heurigen Frühjahr gleich mehrere Anlässe zum Feiern und damit auch zum Nachdenken haben, so ist für uns Sozialisten der Tag der 35. Wiederkehr der Befreiung unserer Heimat eine besondere Verpflichtung, das Geschichtsbewußtsein einer sozialen Demokratie zu prägen und durch einen aktiven Antifaschismus wachzuhalten. In diesem Sinne sende ich eurer Hauptversammlung meine besten Wünsche.

Aus dem Begrüßungsschreiben von
Sozialminister Dr. Gerhard Weissenberg

Fortsetzung von Seite 13

mächten, die gemeinsam gegen Hitler gekämpft haben, aber am Ende des Krieges ist diese Anti-Hitler-Koalition zerfallen, die Gegensätze, die Rivalitäten sind in Erscheinung getreten. Wir haben in Österreich eine vierfache Besetzung im Zeichen des kalten Krieges erlebt.

In dieser Situation haben unsere Genossen ihre ganze Kraft darauf konzentriert, die Wirtschaft wieder aufzubauen und um die volle Souveränität Österreichs, um den Staatsvertrag, zu ringen. Ich zweifle nicht daran, daß das in dieser Situation notwendig war. Aber es hat bedeutet — und das müssen wir heute rückblickend sagen —, daß die sozialistische Zielsetzung weit zurückgestellt wurde. Und es hat bedeutet, daß wir damals, vor 35 Jahren, die Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht so geführt haben, wie es notwendig gewesen wäre. (Beifall.)

Ich habe damals oft den Eindruck gehabt, wir ziehen uns Glacéhandschuhe an, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Faschismus geht. Und dann kamen — das wissen oft die jungen Genossen nicht, und die Alten beginnen es allmählich zu vergessen — 21 Jahre Koalition. Genossinnen und Genossen! 21 Jahre, das ist länger, als die Sozialdemokratie der Ersten Republik bestanden hat.

Das Elend der Koalition

Ich bestreite nicht, daß auch in den Jahren der Koalition die Sozialistische Partei nicht wenig für die arbeitenden Menschen erreicht hat. Und es wäre ganz falsch, heute jene abzuwerten, die sich damals redlich bemüht haben, so viel wie möglich für die arbeitenden Menschen herauszuholen. Aber leider ist auch in der Partei eine Geisteshaltung entstanden, die ich die „Koalitionsgesinnung“ nennen möchte und auch damals genannt habe. Das heißt: man hat in der Koalition nicht ein notwendiges Übel gesehen, sondern die Auffassung vertreten, die Koalition ist die einzige Form, in der Österreich regiert werden kann.

Es hat mir immer weh getan, wenn ich auf einem sozialistischen Parteitag oder auf einer sozialistischen Konferenz gehört habe: Wir Sozialisten können ja dieses Land gar nicht allein regieren. Wer das heute sagt, der würde ausgelacht werden. Aber damals hat es so etwas wie einen sozialistischen Minderwertigkeitskomplex gegeben, die Vorstellung, wir brauchen die Schwarzen, um das Land regieren zu können.

Sicherlich war die Koalition eine Notwendigkeit in den ersten Jahren des Wiederaufbaus. Sie war auch notwendig — das habe ich nie bestritten —, um gemeinsam für den Staatsvertrag, für die volle Souveränität, einzutreten. Aber es war nicht richtig, unsere sozialistischen Grundsätze allzusehr zurückzustellen. Nur in diesem Klima der Koalitionsgesin-

nung konnte eine Geschichtslüge entstehen, zu der wir heute auf unserer Bundeshauptversammlung mit aller Deutlichkeit Stellung nehmen müssen. Nämlich die ungeheuerliche Geschichtslüge, daß die Erste Republik gefallen ist durch die gemeinsame Schuld von Sozialisten und Austrofaschisten. (Beifall.) Das, Genossinnen und Genossen, ist einfach unwahr und jederzeit dokumentarisch zu widerlegen.

Die Lüge von der „geteilten Schuld“

Nun könnte ich mir vorstellen, daß der eine oder andere sagt, heute ist das unbestritten. Leider nicht! Es hat in Graz eine politische Akademie der ÖVP stattgefunden, und auf dieser politischen Akademie hat ein Universitätsprofessor, der das Mitgliedsbuch der SPÖ in der Tasche hat, Norbert Leser, den ÖVPlern erklärt: Es gibt eine gemeinsame Schuld, er hat ihnen dort erklärt, die Sozialdemokraten unter Otto Bauer hätten einen völlig überflüssigen Kampf gegen die katholische Kirche geführt.

Genosse Manfred Ackermann hat Professor Leser einen offenen Brief geschrieben. Leider wurde dieser offene Brief nicht, wie ich es gewünscht und gehofft habe, in der „Zukunft“ veröffentlicht. Aber Sie können überzeugt sein, daß wir dafür sorgen werden, daß dieser offene Brief an Norbert Leser in breiten Kreisen bekannt wird. (Beifall.)

1955, vor 25 Jahren, haben wir den Staatsvertrag erhalten. Und ich glaube, es soll heute auch an dieser Stelle gesagt werden, daß die Erreichung des Staatsvertrages zwar ein Werk der Koalitionsregierung war, daß man aber den großen Beitrag der Sozialistischen Partei nicht vergessen darf. Denn die Sozialistische Partei hat bereits auf ihrem Parteitag 1947 ein klares Bekenntnis zur österreichischen Neutralität abgelegt.

Ein bedeutender Parteitag

Und dann ist in der Entwicklung der Zweiten Republik etwas eingetreten, was zu den merkwürdigsten Widersprüchen gehört, die es in der Bewegung, die immer reich an Widersprüchen war, gegeben hat. Unsere Partei hat 1966, weitgehend als Folge der Olah-Krise, eine schwere Wahniederlage erlitten. Wir waren damals alle verzweifelt. Die ÖVP hatte, allerdings dank eines undemokratischen Wahlrechts, die absolute Mehrheit, und die große Frage, die nun vor der Sozialistischen Partei stand, war: Sollen wir die Koalition fortsetzen?

Wir hätten sie nur als ein Anhängsel der Regierung Klaus fortsetzen können. Und ich glaube, der Parteitag 1966, der beschlossen hat, daß die Sozialisten ein demütigendes Angebot der ÖVP nicht annehmen, und daß sie es wagen, den Schritt in die Opposition zu machen, das war ein geschichtlicher Parteitag. Und jedem Parteitagsdelegierten, der damals dafür eingetreten ist und dafür gestimmt hat, gebührt der Dank der Partei. (Beifall.)

Meine Bewunderung gilt eurem nimmermüden Warnen vor den neuen Gefahren des Faschismus. 35 Jahre nach der Befreiung sind diese Warnungen leider notwendiger denn je. Seid versichert, daß ich auch in meiner neuen Position immer in eurem Sinn handeln werde.

Aus dem Begrüßungsschreiben von
Staatssekretärin Johanna Dohnal

Ich bin überzeugt davon, daß von dieser Tagung, die im Zeichen des 35. Jahrestages der Befreiung Österreichs steht, ein wichtiger Impuls für unser gemeinsames Bekenntnis zur Freiheit ausgehen wird.

Aus dem Begrüßungsschreiben von
Bürgermeister Leopold Gratz

Durch Opposition zur Mehrheit

Wir haben uns in den vier Jahren der Opposition mit der ÖVP zum ersten Mal in der Zweiten Republik, weil wir nicht mehr durch die Fesseln der Koalition behindert waren, offen, klar, deutlich, unmißverständlich auseinandersetzen können. Und dann begann der große Aufstieg, dann kam ein Wahlsieg nach dem anderen.

Als gestern unser Bundesparteivorsitzender, Genosse Kreisky, bei uns war, da haben wir ihn gefeiert, da haben wir ihm gedankt. Und ich glaube, daß jeder von uns weiß, welchen großen Beitrag der Genosse Kreisky zu diesem Aufstieg unserer Partei geleistet hat. Aber, so groß die Leistung des Genossen Kreisky ist, vergessen wir nie, was uns Otto Bauer gelehrt hat.

Otto Bauer sagte uns: Die großen Männer, sie können nichts erreichen, wenn es nicht Tausende von kleinen unbekannten und oft auch unbedankten Vertrauenspersonen gibt. (Beifall.)

Wir haben heute zehn Jahre eine sozialistische Regierung. Sicherlich hat diese sozialistische Regierung keineswegs alle Forderungen, die in unserem Programm enthalten sind, erfüllen können. Und als Sozialisten haben wir jederzeit das moralische Recht, unserer Regierung zu sagen, daß wir dies oder jenes haben möchten. Wir haben als Sozialisten auch das Recht auf Kritik an der eigenen Regierung.

Aber gegenüber dem bürgerlichen Gegner muß eines jedem von uns bewußt sein: **In zehn Jahren hat die Regierung Kreisky wesentlich mehr geleistet als konservative Regierungen in vielen Jahrzehnten. (Beifall.)**

Die Gefahr von rechts

Die positive Einstellung, die wir zur sozialistischen Regierung haben, darf uns aber nicht daran hindern, zu erkennen, daß es dennoch in Österreich eine Gefahr von rechts gibt. Und damit muß ich mich jetzt auch polemisch auseinandersetzen. Wir hören es oft: nur nicht übertreiben, nur nicht aufbauschen, nur nicht dramatisieren. Das sind doch alles winzige Gruppen.

Und wenn einer, ich würde ihn nicht bei seinem Namen nennen, sondern sagen, wenn einer, der Henker werden will, für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, sagt man: Ja, wie viele werden ihn denn schon wählen? Ich halte diese Beschwichtigungspolitik für historisch widerlegt und für grundfalsch. (Beifall.)

Freilich, die NDP, die ANR, das sind kleine Gruppen, zwar gewalttätige, militante, aber kleine Gruppen. Aber vergessen wir doch nicht, daß diese kleinen Gruppen ermuntert werden durch große, etablierte Organisationen, die man vielleicht nicht pauschal als neofaschistisch bezeichnen kann, die aber einen sehr ergiebigen Nährboden für den Neofaschismus bilden.

Man sehe sich etwa an, was in der Kameradschaft 4, der Kameradschaft der Waffen-SS, geschieht. Man sehe sich die Publikationen des so-

nannten Österreichischen Turnerbundes an, der Tausende Jugendliche in seinen Reihen hat, dort wird nicht nur geturnt, dort gibt es auch die sogenannten Dietwarte, das sind keine Vorturner, sondern unbelehrbare Nazi und Deutschnationale, die die Jugendlichen mit nazistischem und deutschnationalem Gedankengut vergiften.

Verbot aller neonazistischen Organisationen

Das heißt also: die kleinen Gruppen sind nicht allein, sie werden durch diese etablierten Organisationen gefördert. Und in diesem Zusammenhang glaube ich, daß die Bundeshauptversammlung der Sozialistischen Freiheitskämpfer eines mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen sollte: Wir danken dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes dafür, daß es nicht nur die Wahrheit über den Faschismus der Vergangenheit überzeugend dokumentiert, sondern daß es auch ein Werk herausgebracht hat: „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“, wo auf über 500 Seiten überzeugend nachgewiesen wird, was es auf diesem Gebiet in unserem Land gibt. (Beifall.)

Und deshalb bleiben wir Sozialistischen Freiheitskämpfer bei unserer Forderung: Wir verlangen das Verbot aller neonazistischen Organisationen und Publikationen. (Beifall.)

Es ist ein großer Irrtum, wenn man glaubt, daß wir Ausnahmegesetze verlangen. Nichts liegt uns ferner. Was wir verlangen, das möchte ich noch einmal hier klar formulieren. Es gibt in Österreich ein Gesetz, man nennt es Verbotsgesetz, das ausdrücklich bestimmt, daß die Wiederbetätigung für die Nationalsozialistische Partei und alle ihre Einrichtungen verboten ist und unter Strafsanktion gestellt wird. Wir verlangen kein Ausnahmegesetz, sondern wir verlangen, daß dieses Gesetz angewendet wird.

Und wenn nun Juristen kommen – und ich habe mit vielen Juristen diese Diskussion geführt – und uns sagen, das sei rechtlich nicht möglich, denn damals, als man das Gesetz geschaffen hat, gab es ja diese Erscheinung des Neonazismus noch gar nicht, und das habe sich alles auf die Wiederbetätigung für die alte NSDAP bezogen, muß ich sagen, darauf gibt es nur eine Antwort: Wir streiten nicht mit den Juristen! Wenn die Juristen der Meinung sind, daß das bestehende Gesetz nicht ausreicht, dann soll das Gesetz entsprechend novelliert werden. (Beifall.)

Ich glaube, daß wir zusammenfassend, soweit es die Innenpolitik betrifft, sagen können: Wir haben

Fortsetzung auf Seite 16

Daß die Erfolge, die wir heute verzeichnen können, auch möglich wurden, daß dieses Land Österreich wieder frei, selbständig und unabhängig entstehen konnte, ist ein Erfolg jener Generation, die ihr verkörpert – ist ein Erfolg jener Genossinnen und Genossen, die bereit waren, ohne Rücksicht auf ihre eigene Person und auf das eigene Leben, sich für die hohen Ideale einer sozialistischen Bewegung auch in den finsternen Nächten der Vergangenheit einzusetzen. Und für diese Opferbereitschaft möchte ich euch als einer, der nunmehr von der jüngeren in die mittlere Generation einrückt, herzlich Dank sagen für die Form des Vorlebens und für die freundschaftliche Verbundenheit.

Aus dem Begrüßungsschreiben von
Stadtrat Johann Hatzl

in Österreich einen gewaltigen Aufstieg erreicht. Die Tatsache, daß wir zehn Jahre eine sozialistische Regierung haben, bedeutet gleichzeitig die schwerste Krise des Konservatismus in unserem Land. Denn beide bürgerlichen Parteien — ÖVP und FPÖ — kommen aus den Schwierigkeiten nicht heraus. Und für die ÖVP ist es ein furchtbarer Schock, daß sie seit zehn Jahren außerhalb der Regierung ist. Denn sie hat ja jahrzehntelang geglaubt, die Regierung und vor allem den Posten des Bundeskanzlers und die wichtigen Wirtschaftsministerien für sich gepachtet zu haben. Also das ist ein ganz großer Erfolg, auf den wir stolz sein können.

Was die faschistische Gefahr anbelangt, möchte ich sagen, sie ist nicht akut, wie es in den dreißiger Jahren der Fall war. Wir brauchen heute nicht zu fürchten, daß morgen die Faschisten an die Macht kommen. Aber wir haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu lernen, daß man nicht warten soll, sondern rechtzeitig den Anfängen wehren muß. (Beifall.)

Keine Alternative zur Entspannung

Gestattet mir zum Schluß eine Bemerkung zur weltpolitischen Lage: 35 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erleben wir ein irrsinniges Wettrüsten. Und es gibt weltpolitische Krisenherde, bei denen man täglich befürchten muß, daß sie explodieren und uns in einen dritten Weltkrieg treiben, der eine atomare Katastrophe bedeuten würde.

Wir müssen eines erkennen: Es gibt keine Alternative zur Politik der Entspannung. Der kalte Krieg ist immer mit der Gefahr verbunden, daß er in den heißen Krieg, daß er in die große Katastrophe führt.

Und es ist meiner Ansicht nach notwendig, auch ein paar Worte über die Außenpolitik Österreichs zu sagen, über die Aktivität unseres Bundeskanzlers, des Genossen Kreisky, auf außenpolitischem Gebiet.

Die Opposition greift ihn deshalb an. Die sogenannten unabhängigen Zeitungen erklären: Was hat denn ein österreichischer Bundeskanzler sich so viel um die Weltpolitik, um entfernte orientalische Gegenden, zu kümmern? Ich glaube, es gibt darauf eine Antwort: Weil ein österreichischer Bundeskanzler, und ganz besonders dann, wenn es ein sozialistischer Bundeskanzler ist, die Verpflichtung hat, bei Aufrechterhaltung der Neutralität, überall dafür zu wirken, daß Konflikte nicht militärisch, sondern durch Verhandlungen gelöst werden und daß der Prozeß der friedlichen Entspannung weitergeht.

Es ist machmal vorgekommen, allerdings in der letzten Zeit sehr selten, daß ich mit Genossen unseres Bundes diskutiert habe und sie gemeint haben: Wir alle sind alt, viele von uns sind krank. Hat sich der Bund nicht überlebt? Kommt nicht der Tag, an dem wir zugeben müssen, daß der Bund einfach seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann?

Wenn wir uns die Situation in Österreich und in der Welt anschauen, dann müssen wir sagen: Wäre der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer nicht 1947 gegründet worden, müßten wir ihn heute gründen, denn er ist notwendiger denn je. (Beifall.)

Ich glaube daher, daß wir uns alle klar darüber sind, daß die achtziger Jahre schwierige Jahre sein werden, gefährliche Jahre, die an uns große Anforderungen stellen. Und wir gehen in diese Auseinandersetzung unter den Parolen: **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Für eine Welt des Friedens! Für eine Welt des Sozialismus!**



Mehr als 8000 Menschen, darunter viele junge und viele Delegierte unserer Bundeshauptversammlung, zogen am Abend des 26. April 1980 vom Karlsplatz über die Ringstraße zum Ballhausplatz, um gegen den Neofaschismus und gegen die Kandidatur Burgers bei der Bundespräsidentenwahl zu demonstrieren. Es war die mächtigste antifaschistische Demonstration der letzten Jahre, und vor dem Bundeskanzleramt wurde eine großartige Kundgebung abgehalten

Aus der Diskussion

Dr. Josef Schneeweiß (Bundesvorstand):

Im Jahre 1945 gab es im November die ersten Wahlen in dieser Zweiten Republik. Und wer war das Zünglein an der Waage? Das Zünglein an der Waage waren die Angehörigen der früheren Nationalsozialisten, und ihr wißt es sehr gut, es gab 600.000 PGs in ganz Österreich. Und die Partei, die sich stärker gegen die Nazis aussprach, mußte von vornherein die Stimmen der Angehörigen der früheren Nazis verlieren.

Es spricht für uns, für unsere Sauberkeit und Anständigkeit, daß wir damals unter diesen Verhältnissen nicht die stärkste Partei geworden sind. Aber das war natürlich eine große Hypothek auch bei allen späteren Wahlen in Österreich, bei Nationalratswahlen, Bundespräsidentenwahlen usw. Denn Schwarz und Rot waren ungefähr gleich stark, und wer die Nazis auf seine Seite ziehen konnte, der hatte von vornherein einen Stimmvorteil. In der Demokratie entscheidet die Anzahl der Mandate.

Das war ein Handikap. Es gab aber noch ein zweites Handikap. Das war eine gewisse Einschränkung der Demokratie in den Zeiten ab 1945 in unserer eigenen Partei. Ich muß sagen, ich habe selber darunter zu leiden gehabt. Ich habe nicht gewagt, obwohl ich als Schüler, man kann sagen, als kleiner Schüler von Otto Bauer natürlich seine ganzen Werke gelesen hatte, zu sagen: Es war mir von vornherein klar, daß die Koalition nicht ewig dauern wird.

Aber stellen Sie sich vor, Genossen, wenn in den Jahren 1946, 1947, 1948 irgendeiner aufgetreten wäre, irgendein kleiner Funktionär und gesagt hätte, die Koalition wird nicht ewig dauern. Was hätte man gemacht? Man hätte gesagt: ein Kommunist. Ich werde euch gleich ein Beispiel geben. Viele von euch wissen, ich bin Spanienkämpfer. Ich habe — es wird im Jahre 1947 oder 1948 gewesen sein — in einer Sektion in Währing einen Vortrag über das faschistische Spanien gehalten und habe gesagt: Gestützt wird das faschistische Spanien durch die katholische Kirche — der Papst erhielt ja im Jahre 1939, als der Krieg aus war, den Christusorden — und durch die Vereinigten Staaten.

Letzterer Umstand hat schon jemanden bewogen, mich anzuzeigen bei einer Parteistelle, und er hat gesagt, der Schneeweiß ist ein Kommunist. Der größte Witz bei der Geschichte war dann der, daß ein früherer Nazi, der im selben Spital beschäftigt war wie ich, dann gesagt hat, der Schneeweiß ist kein Kommunist.

Genossen! Ich will euch nicht lange aufhalten. Meine fünf Minuten werden bald vorüber sein. Ich habe noch eine Bitte: Unterstützt uns bei der Anbringung einer Tafel für die 700 gefallenen österreichischen Spanienkämpfer. Es waren zwar viele davon Kommunisten — die Radikalisierung im Jahre 1934 hat das mit sich gebracht —, ich kann euch aber das eine sagen, sie wären wieder in den Reihen unserer Partei, wenn sie nicht unten gefallen wären.

Johann Schnabel (Landesverband Steiermark/Obersteiermark):

Wir müssen den Anfängen wehren! Solange die Vollbeschäftigungspolitik der Regierung Kreisky in

Aktion ist, ist keine Gefahr. Aber wir haben keine Gewähr dafür, daß es nicht einmal anders kommen kann.

Gerhard Taschler (Alsergrund):

Unsere Firmen in Österreich, allen voran die Firma Steyr, verkaufen Panzer in die ganze Welt, und das nicht mehr in unbedeutenden Stückzahlen. Bitte, schauen wir uns einmal an, wohin die Panzer gehen, es gehen Panzer nach Argentinien. Niemand wird bestreiten, daß in Argentinien ein nichtdemo-



Schnappschuß vom Präsidium der Bundeshauptversammlung: Rosa Jochmann, Karl Milota, Josef Hindels, Manfred Ackermann

kratisches Regime an der Macht ist, zumindest könnte man sagen, ein faschistoides Regime, wenn nicht gar ein faschistisches Regime. Wenn wir schon über 100 Panzer nach Marokko geliefert haben, die dort im täglichen Einsatz gegen die Polisarios sind, die um die Freiheit kämpfen, dann kann das uns Sozialisten nicht gleichgültig sein, daß das mit Absicherung und Unterstützung unserer sozialistischen Bundesregierung geschieht. Denn kein Panzer kann Österreich verlassen ohne die Zustimmung, ohne die Unterschrift der zuständigen Ressortminister. Das sollen wir uns bitte wirklich vor Augen führen und sollen wir nicht vergessen, Genossen, auch in Anbetracht der wirklich sehr eindrucksvollen Rede des Genossen Kreisky von gestern.

Hans Pawlik (Landesverband Kärnten):

Vor vier Wochen hat der zu uns aus Oberösterreich gekommene FPÖ-Nationalratsabgeordnete Dr. Haider den sofortigen Rücktritt des Genossen Broda als Justizminister verlangt, wegen der Niederschlagung von Strafverfolgungen gegen Slowenen, die drei oder dreieinhalb Jahre zurückliegen, und selbstverständlich eine unschwellige Anklage gegen den Bundespräsidenten Dr. Kirchschläger erhoben, was dem einfällt. Wir haben sofort darauf reagiert. Wir haben den Landespartei Vorstand, die Regierung, unsere Presse, Rundfunk usw. und auch Wien sofort verständigt. Es ist ja ganz klar, daß diese Parteien — ÖVP und FPÖ — heute in diesem Fahrwasser schwimmen wollen.

Fortsetzung auf Seite 18

Rudolf Fiedler (Rudolfsheim-Fünfhaus):

Ich will mich mit dem Herrn Staberl beschäftigen, der mit seinem „Staberl“ allen Leuten den letzten Rest des Gehirns herausklopft. Damals hat der Staberl geschrieben: „Rechtsextrem ist man schnell.“ Damals haben auch Genossen der Lagergemeinschaft Auschwitz und auch wir im Bezirk dem Staberl geschrieben. Wir wissen ja, daß das nichts gefruchtet hat. Ich erzähle das nur deshalb, weil nach kurzer Zeit, am 13. April, der Staberl wieder geschrieben hat: „Macht ohne Qualifikationen.“ Unter Bezugnahme auf das AKH hat er geschrieben, daß dort viele Leute zum Zug gekommen sind: Wenn er ein Schutzbündler war und das Gewehr auf einen Heimweherschädel richten konnte, so ist das schon eine Qualifikation, wahrscheinlich um Generaldirektor bei der AKPE zu

Genossen! Jetzt kommt es. Jetzt müssen wir uns alle — wir sind ja auch das Gewissen der Partei — an die Brust klopfen. Viele von uns lesen diese Dreck-„Kronen-Zeitung“. Genossen! Das ist doch eine Schmach. Wir werden uns doch selbst untreu. Wir werden unserer Partei untreu, wir werden unserer Ideologie untreu.

Peter Lhotzky (Bundesvorstand):

Ich glaube, wir dürfen im Rahmen der austromarxistischen Denker auch auf Fritz Adler nicht vergessen. Friedrich Adler, der vor dem Ausnahmegericht einige Worte gesagt hat, die mich immer wieder, wenn ich sie lese, sehr bewegen, Worte, die, wie ich glaube, wir uns doch manchmal alle gemeinsam zu Herzen nehmen sollten. Jene Stelle, wo er gegen den österreichischen Geist loszieht, jenen Ungeist, der es sich gefallen läßt, daß er vor dem Prozeß, vor dem Ausnahmegericht damals sagte: Sind wir denn alle Hunde, daß wir uns das gefallen lassen, was sie mit uns tun?

Ab und zu, Genossinnen und Genossen, erhebt sich auch für mich diese Frage. Lassen wir uns das alles gefallen, ist es nicht manchmal zu spät, uns zu wehren? Ich glaube nicht, Genossinnen und Genossen, daß wir an den Schlägen, die wir bekommen und bekommen haben, zugrunde gehen, sondern letzten Endes an jenen, die wir nicht ausgeteilt haben.

Karl Mark (Bundesvorstand):

Wenn ich vom Staatsvertrag rede, so möchte ich die Bedeutung des Staatsvertrages innenpolitisch vor allem darin sehen, daß er den Weg zu der Entwicklung einer echten Demokratie aufgemacht hat. Denn Koalition und echte Demokratie sind letzten Endes deshalb nicht verträglich — meiner Ansicht nach —, weil hier die Rolle der Opposition als Kontrolle wegfällt. Von 1955 an war das möglich. Es hat noch lange Zeit gedauert, bis sich diese Entwicklung durchgesetzt hat. Aber Hindels hat mit Recht auf das Jahr 1966 und auf die damaligen Besprechungen innerhalb der Partei hingewiesen.

Ich glaube, man sollte bei diesem Anlaß nicht daran vorbeigehen, daß die meisten jener, die damals mit aller Energie für die Aufrechterhaltung der Koalition eingetreten sind, heute führende Positionen innerhalb der Partei einnehmen. Ich werde keine Namen nennen. Und man sollte nicht vermeiden, hier das besondere Verdienst von Pittermann, mit dem ich nicht in allen Punkten einverstanden war, zu unterstreichen, der damals mit aller Energie durchgesetzt hat, daß wir den Beschluß gefaßt haben, nicht in die Koalition zu gehen. Denn er hat in

Wirklichkeit die weitere Entwicklung ermöglicht. Daß das auf seine Kosten geschehen ist, das ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte.

Herbert Exenberger (Jugendkontaktkomitee):

Ich möchte nicht nur auf die — ich möchte einfach danken — Solidaritätsadressen eingehen, sondern aufzeigen, daß es auch innerhalb unserer Partei Erscheinungen gibt, die mich einfach stören. So meinte zum Beispiel der Redakteur der sozialistischen „Kärntner Tageszeitung“, Walter Primosch — und ich habe das im „Sozialistischen Kämpfer“ auch geschrieben —, daß dieses Buch „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“, das „unqualifizierte Kritik“, wie er sich ausdrückt, übt, nur auf schwarzem und kommunistischem Mist gewachsen sei und daß dieses Buch außerdem im schwarzen Bundesverlag gedruckt wurde.

Dieser Walter Primosch dürfte übersehen haben, daß der Direktor des sogenannten schwarzen Bundesverlages der rote Kurt Biak ist und daß die Autoren des Buches „Rechtsextremismus in Österreich“ mit überwiegender Mehrheit der Sozialistischen Partei angehören.

Genosse Walter Simon vergleicht in der katholischen Zeitschrift „Furche“ den Autor und den Text der Broschüre „Gefahr von rechts“, Genossen Dr. Neugebauer, der die Autobiographie seines Bruders Josef Simon herausgebracht hat, mit der Kommunistenhetze in den Vereinigten Staaten. Er meint, daß die beiden Fakten Aufklärung über die Gefahr von rechts und die beispiellose Hetze einst in den USA gleichzusetzen sind.

Siegbert Metelko, Landesstellenleiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts in Kärnten, meint in der ÖVP-Zeitung für Kärnten und Osttirol vom 7. März 1980: Ich sehe keinerlei Veranlassung, diese Broschüre — „Gefahr von rechts“ — zu vertreiben. Ich habe mir lediglich ein Belegexemplar bestellt und dieses ausschließlich für uns im Institut. Wir haben in Kärnten gar keinen Vertrieb. Sollte sich jemand für die Broschüre interessieren, so muß er sie in Wien bestellen und nicht hier in Klagenfurt.

Genossinnen und Genossen! Es wurde heute schon so viel davon geredet, daß Auseinandersetzungen innerhalb der Partei auszutragen sind. Der Bundesbildungsausschuß hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, daß in dieser Angelegenheit der Kärntner Landespartei ein Brief geschickt wird, und ich hoffe, daß dieses Schreiben auch auf fruchtbaren Boden in der Kärntner Landespartei fallen wird. Gerade weil es immer wieder heißt, Auseinandersetzungen, Konflikte sollen innerhalb der Partei ausgetragen werden, erscheint es mir völlig unverständlich, daß ein Landesstellenleiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts eine Broschüre des Renner-Instituts in der ÖVP-Zeitung kritisiert.

Eduard Studener (Alsergrund):

Es hat mich mit großem Befremden berührt, als ich hörte, daß die Veröffentlichung des Briefes des Genossen Ackermann in der „Zukunft“ abgelehnt wurde.

Zur Person des Politologen Leser, der lange Zeit der Bezirksbildungsobmann des Alsergrundes war, bis zu der Zeit, als ich dann nach ihm gewählt wurde, möchte ich sagen: Ich habe diesen Menschen und seine Auffassungen besser kennengelernt, als es jemals geschildert werden kann.

Ich möchte euch dazu sagen: Meinung ist frei. Wissenschaft ist frei. Aber Unwahrheiten zu verbreiten, das ist gemein. Denn das schlägt den Freiheitskämpfern ins Gesicht. Und ich möchte euch an



dieser Stelle die Erklärung abgeben, daß wir bei der nächsten Sitzung des Wiener Landesbildungsausschusses, die am 9. Mai stattfindet, gemeinsam mit unserem Wiener Landesbildungsobmann, dem Genossen Nedwed, Sorge dafür tragen werden, daß der Artikel unseres lieben Freundes, des Genossen Akkermann, in der „Zukunft“ erscheinen wird.

Wo kommen wir hin, wenn Politologen solche Lügen verbreiten. Und Leser hat das nicht nur auf dieser Tagung gesagt, Leser hatte diese Geschichtslüge schon vor Jahren einmal in der „Zukunft“ gebracht, die Geschichtslüge der „Geteiltheit“. Und ich bürge dafür als Bildungsobmann der Bezirksorganisation Alsergrund, daß dieser Mann bei uns — erstens einmal darf er sowieso nicht mehr bei uns reden — seine Lügen nicht mehr verbreiten wird.

Dr. Ella Lingens (Bundesvorstand):

Wir sollten uns klar darüber sein, daß wir nur sehr knapp an einem Vizekanzler, der Angehöriger der SS-Mordkompanie war, vorbeigekommen sind. Ich erinnere mich jetzt an etwas: An dem Tag, nachdem Bundeskanzler Kreisky gesagt hat, ein Angriff gegen Friedrich Peter ist ein Angriff gegen ihn, ist eine Freundin von uns, eine Israelin, die mit einem Wiener verheiratet ist, in Vösendorf in diesem Einkaufszentrum gewesen, und neben ihr geht einer und begrüßt einen Inhaber eines Standes mit „Heil Hitler“. Und der andere antwortet: „Heil Hitler. Jetzt kann man es ja endlich wieder sagen.“

Ich möchte nicht den Genossen Kreisky verdächtigen, daß er für diese Leute irgendwelche Sympathien hatte. Aber er ist ein großes Risiko eingegangen. Jetzt, wo die Mehrheit gefestigt ist, wird diese Gefahr immer geringer. Trotzdem ist es gar nicht leicht, von einer solchen Haltung weg nun zu

einem integralen Antinazismus gegen diese Leute zu kommen, die eben hier Morgenluft gewittert haben. Das ist einfach psychologisch schwierig.

Dr. Ruth Contreras (Jugendkontaktkomitee):

Die Jugendorganisationen solidarisieren sich heute mit den Sozialistischen Freiheitskämpfern, und für eine große Zahl ihrer Mitglieder ist es eine Selbstverständlichkeit, auch bei den Sozialistischen Freiheitskämpfern Mitglied zu sein.

Wir wollen in Zukunft noch mehr junge Sozialisten zum Bund bringen, und im Sinne unserer Resolution werden wir uns daher an die Partei und die sozialistischen Jugendorganisationen wenden. Wir bitten aber euch um eure Hilfe bei dieser Arbeit, den Bund zu vergrößern und zu stärken.

Ferdinand Wasserberger (Josefstadt):

Wenn man in Kärnten bei so manchen Genossen von unserer Partei ein bißchen kratzt, kommt brauner Schlamm heraus. Ich war darüber entsetzt, daß es so etwas in Kärnten, wo die Sozialisten den Landeshauptmann stellen, heute noch gibt.

Das zweite betrifft den Alltagsfaschismus. Welche Sachen man da so manchmal hört, da kommt einem oft das Grauen. In der Straßenbahn und in öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn Kinder fahren, die geistig behindert sind oder sonstige Gebrechen haben, hört man gleich: Gebt sie weg, vergast sie oder erschießt sie oder hängt sie auf.

Fritz Inkret (Landesverband Steiermark/Obersteiermark):

Ihr in Wien habt euren Professor Leser, wir in Leoben haben auch so etwas ähnliches. Wir haben

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

in unserem Ortsteil Leitendorf einen unverbesserlichen Nazi, den lieben Gugl. Als SS-Mann ist er freiwillig eingerückt, er hat auch den Lohn dafür bekommen, es wurde ihm ein Fuß weggeschossen, und jetzt ist er wohlbestallter Invalide, hat ein Einkommen von ungefähr 12.000 bis 13.000 Schilling und nimmt alles in Anspruch, was überhaupt nur in Anspruch zu nehmen ist. Daß er in periodischen oder in gleichmäßigen Abständen seine Fenster mit Nazibroschüren, mit Nazisprüchen: Heil Hitler! und Juda, verrecke! und mit dem Hakenkreuz verunziert, das ist ganz klar.

Die Staatspolizei hat dagegen schon oft etwas unternommen. Nur kommt sie bei ihm in die Wohnung nicht rein. Der Akt ist inzwischen sehr dick geworden, mit Bildern, Berichten und Untersuchungsberichten vollgestopft, nur kann man mit dem Menschen ganz einfach nichts anfangen, es geht einfach nicht. Denn er ist haftunfähig (Zwischenruf: Laßt ihn psychiatrieren!), es findet sich kein Richter und kein Arzt, die seine Unzurechnungsfähigkeit feststellen. Also ist praktisch nichts zu machen.

Das Leid an der ganzen Geschichte ist, daß ober ihm ein Nationalratsabgeordneter wohnt. Irgendwann haben wir alle einen Ladungsbescheid von der Staatspolizei bekommen, alle Parteien in diesem Häuserblock — es sind ungefähr 60, 70 — haben eine Vorladung zur Staatspolizei bekommen, und zwar betreffend den Verstoß gegen das Abzeichnungsgesetz beziehungsweise Ordnungsstörung durch Ernst Gugl.

Ich habe dann zu dem Staatspolizisten gesagt: Sag einmal, wie schaut es mit unserem Nationalrat aus? Und da sagte er: Das ist das Pech. Der gute Mann hat gesagt, er verbittet sich, daß er zur Sache

einvernommen wird, er will nicht gestört werden, dasselbe gilt auch für seine Gattin. Er fühlt sich nicht brüskiert. Er sieht gar nichts Schlechtes dabei. (Zwischenruf: Welche Fraktion?) Er sitzt zur Rechten des Genossen Lanc, zu seiner Linken sitzt der Genosse Broda. Ich habe das heute auch dem Genossen Broda mitgeteilt, er hat sich auch davon Notizen gemacht. Ich hoffe, daß in Zukunft etwas geschieht. Also, wie gesagt, Ihr habt euren Leser, wir haben unseren Freund, den Nationalrat.

Dr. Peter Seda (Bundesvorstand):

Zuerst zur Begrüßungsansprache unseres Genossen Lanc. Ich möchte nur wiederholen, was ich schon mehrfach hier bei den Freiheitskämpfern und auch bei anderen Veranstaltungen gesagt habe. Es sind auch diesbezüglich schon Resolutionen bei der Jungen Generation beschlossen worden. Falls das Verbotsgesetz keine Möglichkeit gibt, gegen den Neonazismus kämpfen zu können, werden wir uns bemühen, auf Grund des Staatsvertrages ein Staatsvertragsdurchführungsgesetz zu schaffen, welches sich eindeutig nur gegen Neonazis richten kann, was sich ergibt auf Grund unserer völkerrechtlichen Verpflichtung aus dem Staatsvertrag, neonazistische Wiederbetätigung zu verhindern. Und ein solches Gesetz müßten wir versuchen durchzubekommen, und ein solches Gesetz würde uns auch eine Handhabe gegen neonazistische Bestrebungen geben.

Josef Rauch (Landesverband Niederösterreich):

Genossinnen und Genossen! Es muß auch ein Wort über die Berichterstattung im Österreichischen Rundfunk gesagt werden. Meine Frau hat mir berichtet, daß von ÖVP-Tagungen viel berichtet



wurde, aber kein Wort über unsere gestrige Veranstaltung gesagt wurde. Ich halte das für einen Skandal. (Beifall.)

Robert Blau (Bundesvorstand):

In dem Bericht über die Hilfsmaßnahmen ist auch darauf hingewiesen, daß aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds zinsenlose Darlehen mit einer Laufzeit von fünf Jahren gewährt werden können. Wenn das Darlehen 15.000 Schilling nicht überschreitet, braucht man keinen Bürgen, sondern das Darlehen wird ohne jede Schwierigkeit gegeben.

Neben der periodischen Überprüfung der Unterhaltsrentenbezieher sowohl in Wien als auch in den Bundesländern wird jetzt eine generelle Überprüfung über Veranlassung des Sozialministers, und zwar auf Grund der gesetzlichen Vorschriften durchgeführt. Das heißt, alle Bezieher einer Unterhaltsrente, auch der Teilunterhaltsrenten, bekommen Fragebögen zugeschickt. Die Fragen sind gar nicht so schwer zu beantworten. Aber es wird darauf hingewiesen, daß für die Beantwortung und Rücksendung eine Frist eingeräumt ist, und wenn diese Frist nicht eingehalten wird, dann besteht die Gefahr, daß die Unterhaltsrente eingestellt wird.

Sollten Genossinnen und Genossen, die eine Unterhaltsrente beziehen, diesen Fragebogen bekommen, sich nicht auskennen, werden ihnen die zuständigen Funktionäre beim Ausfüllen behilflich sein.

Es ist das keine Bspitzelung, sondern im Gesetz ist vorgeschrieben, daß jene, die eine Geldleistung

zu ihrem Lebensunterhalt bekommen, periodisch Auskünfte über ihr Einkommen oder Veränderungen im Familienstand geben müssen.

Es besteht beim Bundesministerium für soziale Verwaltung der Ausgleichstaxfonds. Unsere Mitglieder sollen nicht zu bescheiden sein, sie können die Hilfe ein- oder zweimal pro Jahr in Anspruch nehmen.

Machen Sie bitte in Ihren Gruppen bedürftige Genossinnen und Genossen auf diese Möglichkeit aufmerksam. Natürlich ist auch eine entsprechende Begründung des Ansuchens notwendig.

Nicht vergessen soll auch die Möglichkeit werden, daß für 18 Tage Spitalsaufenthalt einmal im Jahr 2500 Schilling ohne Berücksichtigung des Einkommens gewährt werden. Es ist selbstverständlich, daß wir den Opfern und den Hinterbliebenen zu ihren Rechten verhelfen.

Josef Hindels (Schlußwort)

Es ist hier mit vollem Recht Kritik an Erscheinungen geübt worden, mit denen wir nicht einverstanden sind. Und wir Sozialistischen Freiheitskämpfer werden auch in Zukunft von unserem Recht auf innerparteiliche Kritik Gebrauch machen. Aber gleichzeitig gilt für uns, was Victor Adler uns gelehrt hat und was zu den festen Traditionen der österreichischen Sozialdemokratie gehört: Wenn es sich um eine Auseinandersetzung mit dem konservativen Gegner handelt, dann ist eines notwendig: die Einheit und die Geschlossenheit unserer Partei.

Für das Verbot nazistischer Organisationen und Publikationen

Antrag des Bundesvorstandes

25 Jahre nach dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrags kommt es noch immer vor, daß jene Bestimmung dieses Vertrages verletzt wird, die Österreich verpflichtet, auf seinem Gebiet nazistische Umtriebe nicht zuzulassen.

Die Bundeshauptversammlung richtet daher an die Behörden des Innen- und Justizministeriums den eindringlichen Appell, gegen Organisationen und Publikationen einzuschreiten, die nazistisches Gedankengut verbreiten und sich damit eines strafbaren Tatbestandes schuldig machen.

Es ist uns klar, daß Verbote allein nicht genügen. Die Aufklärung über das Wesen und die Verbrechen des Faschismus ist von entscheidender Bedeutung.

Dennoch ist es notwendig, die bestehenden Gesetze gegen jene anzuwenden, die Österreich schon einmal in den Abgrund geführt haben. Sollten diese Gesetze nach Meinung der Rechtsexperten nicht ausreichen, dann sind sie vom Parlament zu novellieren oder durch neue, wirksamere Gesetze zu ersetzen.

Einstimmig angenommen

Antrag des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand wird beauftragt, an die zuständigen Stellen mit dem Ersuchen heranzutreten, daß außerhalb des Geländes der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen, aber in Verbindung mit dieser, von der Republik Österreich im Zusammenwirken mit dem Bundes-

land Oberösterreich ein Haus der Begegnung mit Hotel- und Restaurationsbetrieb, Schulungs- und Gesellschaftsräumen ehestens gebaut wird.

Einstimmig angenommen

Antrag des Landesverbandes Niederösterreich

Der Bundesvorstand möge beim Bundesministerium für soziale Verwaltung erwirken, daß in Zukunft die Abnahme der Amtsbescheinigung beziehungsweise des Opferausweises im Falle des Todes des Inhabers unterbleibt. Der Bundesvorstand möge beim Bundesministerium für soziale Verwaltung anregen, daß alle zuständigen Stellen angewiesen werden, ab sofort im Falle des Ablebens eines Opfers die AB. und OA. ungültig zu machen und den Hinterbliebenen als Andenken zu belassen.

Einstimmig angenommen

Antrag des Landesverbandes Niederösterreich

Der Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer wird ersucht, die notwendigen Schritte beim SPÖ-Parlamentsklub einzuleiten, um eine weitestmögliche Angleichung der Leistungen für Opferausweisbesitzer an die Begünstigungen der Amtsbescheinigungsbesitzer (ausgenommen Opferrenten) zu erreichen. Es wird keine gesetzliche Änderung angestrebt, nur sollen Inhaber vom OA. besser informiert werden über die Möglichkeiten, die es für sie gibt.

Einstimmig angenommen

Wir tragen die Fahne der Partei voran

Aus der Schlußansprache des Gen. Leo Lesjak

Unsere Hauptversammlung hat an zwei arbeitsreichen Tagen Rückblick gehalten und für die nächsten zwei Jahre den Bundesvorstand bestellt. Die Verhandlungen verliefen im Geiste der Freundschaft.

So eine Hauptversammlung ist einem Parteitag sehr ähnlich. In einem Punkt allerdings dürfte unsere Tagung jedoch vorbildlich gewesen sein, durch die große Disziplin der Delegierten und der Redner. Ich möchte deshalb namens des Präsidiums allen Beteiligten für den reibungslosen Ablauf danken.

Wer jemals so eine Konferenz vorzubereiten hatte, wird mit Respekt die Leistung, die die Genossinnen und Genossen im Bundessekretariat vollbracht haben, anerkennen. Besonders hervorzuheben ist, daß diese Hauptversammlung wie schon früher nur von freiwilligen Helfern vorbereitet wurde. In der Partei zum Beispiel werden solche Tagungen von etlichen Angestellten, die schon eingespielt sind, organisiert.

Wir wußten, daß unsere Genossinnen im Bundessekretariat bienenfleißige Funktionärinnen sind, aber es war nicht allen Delegierten bekannt, daß zum Gelingen der Tagung auch noch folgende Genossen und Genossinnen beigetragen haben: Zuerst die Genossinnen Calata, Fahn, Birnbauer, Schmid sowie die Genossen Ballek, Billmaier, Milota, Schlesinger und Schmidt. Es ist mir etwas angekreidet worden, ich wollte dennoch den Genossinnen, die auch maßgebend zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben, also den Genossinnen Muhr und Jochmann, besonderen Dank aussprechen. (Beifall.) Ein weiterer Dank gebührt den Refe-

renten, den Diskussionsrednern, den Stenografen, der Presse, den Fotografen und Genossen Blaha, dem Personal des Arbeiterheimes, vor allem dem Genossen Rauch, den Arbeitersamaritern und Ordnen sowie dem Wirten und seinen flinken Helfern.

Unsere Tagung stand unter dem Motto: „10 Jahre sozialistische Bundesregierung, 25 Jahre Staatsvertrag, 35 Jahre nach der Befreiung“. Das klingt im ersten Augenblick sehr einfach. Wenden wir noch einmal den Blick zurück, denken wir daran, was in den Tagen des April und Mai 1945 geschah. Es sind unvergeßliche Bilder, Massen von Toten, Schutt und Asche. Hitlers Krieg hinterließ Hunger und Elend. Zwar unterernährt, doch kraftvoll und entschlossen gingen die Demokraten, unter ihnen viele Widerstandskämpfer und Sozialistische Freiheitskämpfer, an den Wiederaufbau Österreichs. Zehn Jahre später vollzog sich wieder ein großer Wandel, unsere Republik wurde souverän und neutral. Einen weiteren Markstein in der jungen Geschichte Österreichs setzten die Wähler im Jahre 1970.

Vor uns demokratischen Sozialisten stehen entscheidungsreiche achtziger Jahre. Unsere Aufgabe ist die gleiche geblieben. Wir tragen die Fahne der Partei voran.

Wenn wir 1985 wieder eine Tagung halten werden, dann soll es in Anlehnung an das heutige Motto von der Wand leuchten: „15 Jahre sozialistische Bundesregierung“. (Beifall.) Wir beschließen die Hauptversammlung mit dem Lied der Arbeit und der Internationale. Die Konferenz ist damit geschlossen. Freundschaft!

Neuwahl des Bundesvorstandes

Ehrenobmann:
Manfred Ackermann

Franz Adelpoller
Paul Bernstein
Stefan Billes (Burgenland)
Alfred Billmaier
Robert Blau
Friedrich Eibicht
Johann Haas
Josef Hindels
Rosa Jochmann
Leo Lesjak (Niederösterreich)
Karl Milota
Rudolfine Muhr
Hans Schiller
Eduard Schlesinger
Kurt Schmidt
Erwin Schramm (Niederösterreich)
Peter Seda
Otto Skritek
Rudolf Trimmel

Die Obmänner der Landesverbände gehören dem erweiterten Bundesvorstand an.

In der konstituierenden Sitzung wurde Rosa Jochmann als Vorsitzende bestätigt.

Gruß zum Schluß

Vor Schluß der Bundeshauptversammlung kam noch ein Genosse aus Deutschland, der Vorsitzende der Seliger-Gemeinde, Adolf Hasenöhr, zu Wort:

Es ist zwar nicht üblich, daß ein Gast aus einem anderen Land zum Schluß spricht, aber ich bitte um Verzeihung. Es war nicht möglich, schon gestern da-beizusein.

Ich glaube, man kann in bezug auf Österreich auch von der Partei selber manchmal ein bißchen etwas lernen. Das ist keine Abwertung unserer Führung. Nein, wir haben auch gute Leute. Aber wenn ich hinaufschau und lese: 10 Jahre sozialistische Regierung, wenn ich das, was jetzt über Österreich auch draußen geschrieben wird und was man auch in Interviews gesehen hat, jetzt im Schweizer und im deutschen Fernsehen sieht, dann ist man vielleicht ein bißchen neidisch. Vielleicht habt ihr es leichter. Ich gebe das zu.

Ich möchte euch zu dieser Regierung, zu dieser Partei und vor allem zu Bruno Kreisky herzlich gratulieren. Ich wünsche euch alles Gute, und ich hoffe, daß ich einige von euch sehen werde, wenn wir einander vielleicht im Herbst, was ja festgelegt worden ist, in Deutschland treffen, und uns vielleicht dort einiges anschauen, was bei uns geschehen ist.

Ich wünsche euch allen Gesundheit und weiterhin erfolgreiche Arbeit, wie ihr sie bisher für die Sache, für die ihr kämpft, aber auch für die Partei, für die Sozialistische Partei, geleistet habt.

Hauptversammlung des Landesverbandes Wien

Aus dem Bericht des Landesobmannes bei der Landeshauptversammlung am 26. April 1980:

Wir hatten einem Mitgliederstand

am 1. Jänner 1977 2747, davon 1069 unterstützende Mitglieder,

am 31. Dezember 1979 2737, davon 1437 unterstützende Mitglieder,

das ergibt einen Abgang von 10,

aber einen Zuwachs von 368 bei den unterstützenden Mitgliedern.

Die stärkste Bezirksgruppe ist Simmering mit 468 Mitgliedern und einem Zuwachs von 7 Mitgliedern.

Einen Mitgliederzuwachs haben auch die Bezirksgruppen Leopoldstadt, Landstraße, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Penzing, Ottakring, Hernals, Währing und Liesing zu verzeichnen.

In der Berichtsperiode entschlossen sich die Bezirksgruppen Mariahilf, Neubau und Josefstadt zusammenzuarbeiten, und zwar unter Führung von Neubau, und wir glauben, daß sich diese gemeinsame Arbeit bewährt hat.

Neuwahl für die Jahre 1980 und 1981:

Obmann: Robert Blau

Obmannstv.: Otto Skritek
Karl Milota

Kassier: Alois Waschek

Kassierstv.: Rudolf Fiedler

Schriftführer: Eduard Schlesinger

Schriftführerstv.: Steffi Fahn

Beisitzer: Paul Bernstein

Alfred Billmaier

Herbert Exenberger

Johann Illedits

Alois Ballek

Kontrolle:

Fritz Eibicht

Kurt Schmidt

Karl Wolf

Erna Musik

Aus den Landesorganisationen

Steiermark

Kapfenberg. Jahreshauptversammlung. Unsere Bezirksgruppe Kapfenberg der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hielt am 16. März 1980 im schön geschmückten Saal des Arbeiterheimes, ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Nach der Eröffnung durch den Bezirksobmann, Genossen August Jaritz, wurden die Gäste begrüßt. Es waren dies: Bürgermeister der Stadt Kapfenberg, Komm.-Rat Franz Fekete, ferner NR a. D. Ing. Heinrich Scheibengraf und Organisationsleiter der Sozialistischen Partei, Klaus Prieschl.

Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte Jaritz der in den verflossenen Berichtsjahren dahingeschiedenen Genossinnen und Genossen. Es waren dies: Aloisia Brandl, Anna Haag, Grete Fuchs, Franz Auer, Peter Pachatz, Alois Enzenhofer, Franz Zanger, Alois Lingl, Roman Fex, Franz Trois, Franz Lessmann, Josef Fellinger. Alle waren Träger der goldenen Ehrennadel von der Sozialistischen Partei. Wir werden ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der umfangreiche Tätigkeitsbericht von Obmann Genossen Jaritz wurde mit Beifall zur Kenntnis genommen. Nach dem Kassenbericht des Kassiers, Genossen Johann Schnabel, erstattete Genosse Adolf Wukitschewitsch den Kontrollbericht. Sein Antrag auf die Entlastung des Kassiers wurde einstimmig angenommen.

Anschließend brachte Bürgermeister Komm.-Rat Franz Fekete ein Kurzreferat. Er würdigte die Arbeiten der Freiheitskämpfer und verwies auf die am 23. März stattfindenden Gemeinderatswahlen. Er appellierte an alle Anwesenden alles daranzusetzen, daß wieder Kapfenbergerisch gewählt werde.

Genosse Sepp Brandl brachte den Wahlvorschlag, der einstimmig angenommen wurde. Es wurden folgende Genossen gewählt:

1. Bezirksobmann: August Jaritz, 2. Obmann: Josef Mühlbacher; 1. Kassier: Johann Schnabel, 2. Kassier: Fanny Sulzbacher; 1. Schriftführer: Ignaz Pierer, 2. Schriftführer: Willi Rössler; Kontrolle: Adolf Wukitschewitsch, Steffie Haberfellner, Rudolf Derler; Sozialreferent: Josef Mühlbacher; Beisitzer: Sepp Brandl, Erna Scheibengraf, Hans Reithofer; Subkassiere: Haberfellner, Pierer, Reithofer, Schnabel, Sulzbacher.

In seinem Schlußwort dankte Genosse Jaritz für das Vertrauen, das durch die einstimmige Wahl des Ausschusses zum Ausdruck gekommen war, und appellierte abschließend, alles daranzusetzen, daß die Gemeinderatswahl mit einem Sieg für unsere Liste enden möge.

Salzburg

Jahresversammlung. Bei der Jahreshauptversammlung des Landesverbandes wurden am 10. Februar 1980 folgende Funktionäre gewählt:

Landesobmann: Ferdinand Putz; Obmannstellvertreter: Otto Seifried; Kassier: Hermann Grabler; Schriftführer: Eduard Kittl, NR; Kontrolle: Franz Fritzenwanker, Albert Mitsche; Beisitzer: Eduard Goldmann, Hermann Sperr, Josef Szufel; Bezirksvertreter: Franz Fritzenwanker, Alois Schnitzhofer, Albert Mitsche, Karl Gerhard.



Franz Bell †. Am 18. März 1980 ist Franz Bell im 66. Lebensjahr nach schwerem Leiden verstorben. Er war als sozialistischer Freiheitskämpfer im Jahre 1934 in Haft, Funktionär der revolutionären Sozialistischen Jugend und durch 52 Jahre Mitglied der Partei beziehungsweise der Kinderfreunde.

Ab 1949 war er als Betriebsrat Fraktionsobmann der Salzburger Gebietskrankenkasse und durch 27 Jahre verdienstvoller Obmann der Sektion Lehen der SPÖ-Bezirksorganisation Salzburg-Stadt. Das von ihm geschaffene Sektionsheim wurde 1978 in „Franz-Bell-Heim der SPÖ“ umbenannt.

Franz Bell erhielt höchste Auszeichnungen, war Bürger der Stadt Salzburg, Inhaber des silbernen Verdienstzeichens der Republik Österreich, des Befreiungsehrenzeichens, des Ehrenzeichens für 50jährige Mitgliedschaft in der SPÖ und Träger der „Victor-Adler-Plakette“.

Worte des Gedenkens sprachen der langjährige Weggefährte und Bezirksobmann Abg. Eduard Kittl und Landesobmannstellvertreter Otto Seifried.

Unser tiefstes Mitempfinden wendet sich seiner treuen liebevollen Gattin Margarethe, seinen Kindern und allen Familienmitgliedern zu. Genosse Bell war ein hilfsbereiter, ein kluger Mitkämpfer, der für jeden sorgte, der Hilfe brauchte und er ist so in den Herzen unzähliger Menschen verankert. Niemals vergessen!

Herrn
Ballek Alois

Justgasse 6-12/1/7
1210

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Mehr Information — das war eine der wichtigsten Forderungen in der Parteireformdiskussion. Mehr Information — nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Parteiarbeit und über internationale Fragen. Mehr Information: dieser Forderung will das Karl-Renner-Institut mit seinen Broschürenreihen Rechnung tragen.

Prospekte und Bestellungen:

SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18,
1014 Wien

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 31. Juli 1980

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße Nr. 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi. 17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60b Jeden 1. Di. 17 bis 18 Uhr
5, Siebenbrunnenfeldg. 5, Stiege 6,
Parterre links Jeden 2. u. 4. Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgassee 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Wolkersbergenstr. 170 Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9 Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donaufelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Schr., Klublokal
(Parterre),
Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Jeden 1. Di. 9 bis 11 Uhr
Landesparteisekretariat
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag 9.30 bis 11 Uhr
Bezirkssekretariat der SPÖ
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Jeden 1. Samstag 10 bis 12 Uhr
Bezirkssekretariat der SPÖ
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag 9 bis 11 Uhr
Bezirkssekretariat der SPÖ
Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Freitag 14.30 bis 16 Uhr
Bezirkssekretariat der SPÖ

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayrstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr
I. Stock, Pensionistenverband

Oberösterreich:

- LinZ, Landstraße 36/I, Jeden Mo. u. Mi. 9 bis 11 Uhr
Zimmer 3
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di. 16 bis 17 Uhr
Gasthof Gamsjäger

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. u. Fr. 8 bis 10 Uhr
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi. 18 bis 19 Uhr
Zimmer 17
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi. 18 bis 19 Uhr
Wiener Straße, Zimmer 14
Mürzzuschlag, Bezirks-
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28... Jeden 1. Freitag 14 bis 16 Uhr